

Die „Volkswacht“
erscheint wöchentlich 1 Mal
und ist durch die
Expedition, Neue Bräunerstr. 1/1,
und durch Postbestellungen zu beziehen.
Preis vierteljährlich 2.50,
pro Monat 80 Pf.
Durch die Post bezogen 2.50,
Preis im Haus 2.90,
wo keine Post am Orte, 2.50.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Die „Volkswacht“ enthält
für die christliche Arbeiterbewegung
aber deren Raum 20 Pf.
Mehrwertige Inserate 40 Pf.
Doppelte unter Zug 1 Pf.
Inserate für Arbeitsmarkt 15 Pf.
Mehrwertige 25 Pf.
Berichte u. Berichterstattungen
15 Pfennige.
Inserate für die nächste Nummer
müssen bis Sonntag 4 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 187.

Breslau, Dienstag, den 13. August 1912.

23. Jahrgang.

Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1911.

Eine günstige Wirtschaftsentwicklung ist nicht ohne Einfluß auf die Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisationen. In Jahren schwerer industrieller Krisen kamen die Gewerkschaften nur mäßig vorwärts oder sie gingen gar in den Mitgliederzahlen etwas zurück. Auf die gute Geschäftslage des Jahres 1911 ist daher zum großen Teil die erhebliche Steigerung der Mitgliederzahl der Gewerkschaften zu rechnen. Unsere Gewerkschafter haben mit Ausnahme des Jahres 1902 noch nie solchen Zuwachs zu verzeichnen gehabt, wie im Vorjahr. Die Mitgliederzahl der Zentralverbände betrug nach der Sechsten im „Korrespondenzblatt der Generalkommission“ veröffentlichten Statistik im Durchschnitt des Jahres 1910: 2.017.208, 1911 dagegen 2.320.986. Die Zunahme beträgt 15,05 Prozent gegenüber 10,07 Prozent im Jahre 1910. Etwas höher als die Jahresdurchschnittsziffer ist die am Jahreschlusse 1911 von den Gewerkschaften erreichte Mitgliederzahl. Daraus ergibt sich, daß unsere Zentralverbände die Zahl von 2,4 Millionen Mitgliedern überschritten haben. Sie zählten am Ende des Jahres 2.400.018 Mitglieder gegen 2.128.021 am Ende des Vorjahres. Das Mehr beträgt hier 271.997.

Das Wachstum in zehn Jahren.

Die Mitgliederzahl der Verbände, die der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands angehören, ist um 21.447 höher, betrug also Ende 1911 2.421.465. Das Mehr entfällt auf die beiden Verbände der Landarbeiter und der Hausangestellten, die zum ersten Male in der Statistik geführt werden, wenn auch nicht als Gewerkschaften im engeren Sinne des Wortes. Die Zunahme der Mitgliederzahl dieser beiden Verbände im Berichtsjahre betrug 7005.

Die Mitgliederzahl der gewerkschaftlichen Zentralverbände hat sich seit dem Jahre 1893, dem Jahre des tiefsten Standes, mehr als verdreifacht. Eine Gegenüberstellung der Entwicklung der Strich-Dunderschen und der christlichen Gewerkschaften ergibt, daß seit 1900 die Mitgliederzahl der deutschen Gewerkschaften sich um 17,5 Prozent vermehrte, dagegen stieg die der Zentralverbände um 241,1 Prozent, mit Hinzurechnung der Verbände der Hausangestellten und Landarbeiter sogar um 213,9 Prozent.

Durch den Zusammenschluß des Maurerverbandes und des Bauhilfsarbeiterverbandes zu einem Bauarbeiterverband, und durch den Anschluß der Polierier an diesen großen Verband, wurde die Zahl der der Generalkommission angeschlossenen Verbände um zwei verringert. Nur vier Verbände wiesen unbedeutende Rückgänge ihrer Mitgliederzahlen auf. So zählten die Kürschner 180, die Lithographen 186, die Schiffszimmerer 404 und die Typographen 17 Mitglieder weniger als im Vorjahre, zusammen eine Abnahme von 787, der eine Zunahme von 304.475 in den übrigen Verbänden gegenübersteht.

Die Größe der Gewerkschaften.

Nach der Höhe der Mitgliederzahlen geordnet, hatten im Durchschnitt des Jahres 1911 Mitglieder: Metallarbeiter 494.177, Bauarbeiter 290.136, Fabrikarbeiter 182.902, Transportarbeiter 181.570, Kohlarbeiter 176.838, Textilarbeiter 126.517, Bergarbeiter 120.975, Buchdrucker 63.903, Zimmerer 53.745, Maler 47.315, Schneider 46.534, Schuhmacher 45.341, Brauerei- und Mühlenarbeiter 45.289, Gemeinde-Arbeiter 43.808, Tabakarbeiter 34.393, Buchbinder 29.599, Steinarbeiter 26.871, Bäcker und Konditoren 25.218, Maschinisten 23.095, Lithographen 17.029, Buchdruckerhilfsarbeiter 16.305, Glasarbeiter 16.226, Schmelze 16.082, Porzellanarbeiter 15.691, Lederarbeiter 15.289, Handlungsgehilfen 14.377, Sattler und Portefeulier 13.540, Gastwirtsgehilfen 12.689, Tüpler 12.024, Steinseher 10.706, Steinarbeiter 10.402, Gutmacher 9822, Tapezierer 9671, Wächter 8280, Dachdecker 8209, Bureauangestellte 6572, Gärtner 6113, Kupferhammer 4807, Fleischer 4765, Glaser 4613, Kürschner 4189, Bildhauer 3723, Schiffszimmerer 3666, Zigarrensortierer 3172, Lagerhalter 2628, Friseur 2170, Jubilist 1886, Hippolyte 1113, Blumenarbeiter 1076, Fotografen 453, und Notenstecher 442. Dazu kommen die Landarbeiter mit 13.228 und die Hausangestellten mit 5571 Mitgliedern.

Die organisierten Frauen und Mädchen.

Erfreulich ist die seit Jahren stetige Zunahme der Zahl organisierter Arbeiterinnen. Sie war im Berichtsjahre prozentual (18,4 Prozent) sogar noch ein wenig höher als die allgemeine Mitgliederzunahme; 191 932 weibliche Mitglieder wurden 1912 gezählt gegenüber 161 512 im Jahre 1911. Von unseren 51 Verbänden zählten 18 keine weiblichen Mitglieder. Es hatten weibliche Mitglieder: Textilarbeiter 45 651, Metallarbeiter 25 103, Fabrikarbeiter 21 853, Tabakarbeiter 16 870, Buchbinder 14 127, Schneider 9363, Buch- und Stein-druckhilfsarbeiter 9323, Handlungsgehilfen 8679, Schuhmacher 7930, Transportarbeiter 6479, Bergarbeiter 5819, Gutmacher 4414, Bäcker und Konditoren 3725, Porzellanarbeiter 2260, Kürschner 1451, Gemeindegewerkschaften 1154, Lederarbeiter 1096, Zigarrensortierer 953, Gastwirtsgehilfen 744, Glasarbeiter 705, Blumenarbeiter 567, Bureauangestellte 206, Lagerhalter 154, Tapezierer 129, Fleischer 106, Steinarbeiter 62, Maler 31, Gärtner 17, Lithographen 9, Friseur 1 und Glaser 1.

Die Beiträge.

Die Einnahmen und Ausgaben haben absolut zugenommen, auf den Kopf des Mitgliedes aber berechnet

blieben sie hinter denen des Vorjahres zurück. Die Ausgaben gingen verhältnismäßig mehr zurück, waren doch umfangreiche Kämpfe, wie 1910 die Bauarbeiterauspöhrung, nicht zu verzeichnen. Dadurch hat sich der durchschnittliche Massenbestand etwas erhöht. Die Gesamteinnahmen beziffern sich auf 72 086 957 Mk. (im Vorjahre 64 372 190 Mk.), die Gesamtausgaben auf 60 025 080 Mk. (im Vorjahre 57 926 566 Mk.), und die Vermögensbestände auf 62 105 821 Mk. (im Vorjahre 52 575 505 Mk.). Auf den Kopf der Mitglieder entfielen an Einnahmen 31,06 Mk., an Ausgaben 25,86 Mk. und an Vermögens 26,76 Mk. Die Zielsetzung der durch regelmäßige Beiträge erzielten Einnahmen hat auch im Berichtsjahre Fortschritte gemacht. Während zum Beispiel im Jahre 1907 erst 25 Prozent der Verbände einen Wochenbeitrag von über 50 Pf. erhoben, haben sie heute nahezu die Hälfte aller Gewerkschaften; und rund 46 Prozent aller Mitglieder zahlen mehr als 50 Pf. Wochenbeitrag. Aus Beiträgen wurden über 57 Millionen Mark vereinnahmt, gegen 48 Millionen Mark im Vorjahr. Neben diesen Verbandbeiträgen erheben die meisten Verbände noch keineswegs unerhebliche Beiträge für lokale Zwecke. 65,3 Prozent der Mitglieder waren mit 7 609 702 Mk. an solchen Lokalbeiträgen beteiligt.

Die Unterstützungen.

Unter den über 60 Millionen Mark betragenden Ausgaben steht an erster Stelle die Streikunterstützung mit 16 700 000 Mk. Für Arbeitsunfähige (Kranken)-Unterstützung wurden über 10 Millionen Mark, für Arbeitslosenunterstützung über 6 Millionen Mark, für Reiseunterstützung 1 028 000 Mk. gezahlt. Für Unterstützungen an Reisende, Arbeitslose, Kranke, Gemahlsregelte, bei Sterbefällen, in Waisenhäusern und bei Umzügen wurden insgesamt 20 414 000 Mk. ausgegeben, während für Streiks im Verne und in anderen Verne insgesamt 17 303 000 Mk. Ausgaben entstanden. Die Ausgaben für Unterstützungs-zwecke sind in den einzelnen Verbänden sehr unterschiedlich. So bewegen sich zum Beispiel die Ausgaben für Unterstützungs-zwecke (ohne Streikunterstützung) zwischen 0,93 Mk. (Handlungsgehilfen) und 39,97 Mk. (Buchdrucker) pro Mitglied. Die Ausgaben für Reiseunterstützung variieren zwischen 0,02 Mk. (Schiffszimmerer) und 2,87 Mk. (Buchdrucker), für Arbeitslosenunterstützung zwischen 0,19 Mk. (Polierier) und 11,51 Mk. (Lithographen), für Krankenunterstützung zwischen 0,35 Mk. (Stulleute) und 15,30 Mk. (Buchdrucker), für Invalidenunterstützung zwischen 0,01 Mk. (Schiffszimmerer) und 22,75 Mk. (Porzellanarbeiter). Für Streiks im eigenen Beruf schwanken die Ausgaben von 0,01 Mk. (Buchdrucker) und 51,16 Mk. (Zigarrensortierer). Die Reise- und Arbeitslosenunterstützung kommt in den Verbänden immer mehr zur Einführung. Arbeitslosenunterstützung wird in 42 Verbänden, Reiseunterstützung in 39 Verbänden gezahlt. Inzwischen 20 Jahren haben die Verbände 59 Millionen Mk. für diese Unterstützungs-zwecke aufgebracht.

Die Strich-Dunderschen Gewerkschaften.

Von den gewerkschaftlichen Gewerkschaften wird berichtet, daß die Strich-Dunderschen Gewerkschaft eine durch den Austritt des Vereins deutscher Kaufleute einen Mitgliederverlust erlitten haben. Die Gesamtmitgliederzahl der Gewerkschaften ging von 122 571 im Jahre 1910 auf 107 743 im Jahre 1911 zurück. Für diesen Mitglieder-schwund wird im Rechenschaftsbericht des Verbandes ein wenig überzeugender Grund angegeben. Von rechts und links würden die Strich-Dunderschen bedrängt, sozialdemokratische und christliche Gewerkschaften wenig wählbar in ihren Mitleid und mancher Arbeiter mühe entgegen seiner inneren Überzeugung einer den Strich-Dunderschen feindlich gesinnten Organisation beitreten, nur um seine Arbeitsstelle zu behalten. Was hier als der verbreitetste Terrorismus gepriesen wird, ist sicher Selbstverleumdung der Arbeiter, die im Betriebe selbst davon überzeugt werden, daß nicht die hin- und her schwankenden Gewerkschaften, sondern unsere wirtschaftlich starken Zentralverbände geregelte Arbeitsbedingungen geschaffen haben.

Die christlichen Gewerkschaften

Verzeichnen für das Berichtsjahr eine Zunahme von 45.828 Mitgliedern, darunter befinden sich allein über 27.000 Mitglieder weiblichen Geschlechts; ihre Gesamtmitgliederzahl stieg von 295.129 auf 340.957. Ihre größte Mitgliederzahl mit 83.588 entfällt auf die Bergleute, nach ihnen kommen die Textilarbeiter mit 42.397, die Metallarbeiter mit 41.253, die Bauarbeiter mit 39.955 Mitgliedern u. s. f.

Der Jahresbericht der christlichen Gewerkschaften für 1911, unter dem Eindruck des Konflikts mit der römischen Kirche geschrieben, sucht die Existenz der christlichen Gewerkschaften als eine wirtschaftliche und soziale, sowie staatliche Notwendigkeit zu erweisen, und zwar ganz besonders im Hinblick auf das Wachstum der freien Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Stimmen bei der letzten Reichstagswahl. Das „Korrespondenzblatt“ meint treffend dazu:

„Wer kann die Nutzlosigkeit der christlichen Gewerkschaften kaum begründet werden, als durch diese Tatsachen. Seit 1899, dem Gründungsjahre des christlichen Gesamtverbandes, sind 350.000 christliche Arbeiter in den christlichen Gewerkschaften zusammengekommen. Seit dieser Zeit hat sich die Zahl der freien Gewerkschaftsmitglieder um 1.841.000 vermehrt, also um das 5½fache des gesamten christlichen Mitgliederbestandes. Und die Zahl der sozialdemokratischen Reichstagswahlstimmen stieg von 1898 bis 1912 von 2.107.100 auf über 4½ Millionen Stimmen, also auf das Doppelte, während die Wähler der Zentrumspartei nur von 1.752.000 auf 2.035.200 wuchsen, also noch nicht einmal um soviel, als die Zahl der christlich organisierten Arbeiter beträgt. Das ist in der Tat das vollständige Fiasco der christlichen Gewerkschaftsbewegung, und man kann es den Merkmalen und politischen Gründern derselben von ihrem Standpunkte aus nicht beargen; wenn sie mit der Entwicklung der interkonfessionellen Gewerkschaften so wenig zupfanden und zur Organisation der konfessionellen Arbeitervereine zurückkehren müßten. Die christliche Gewerkschaftsorganisation hat seither weder den freien Gewerkschaften noch der Sozialdemokratie wesentlichen Abbruch tun können, obwohl sie die Arbeiterinteressen vielfach ganz erheblich geschädigt hat, vor allem durch ihr wenig zuverlässiges Verhalten in Lohnkämpfen. Durch

ihre Streikbruchtaktik hat sie in erster Linie sich selbst geschädigt, indem sie dadurch die ehrlich für die Verbesserung ihrer Lage wirkenden Arbeiterkreise von sich abdrängt. Das erklärt auch ihr verhältnismäßig langsames Wachstum, das sehr wenig ihrem günstigen Rekrutierungsgebiet und ihrem und ihrer befreundeten Kreise Antriebsaufwand entspricht.“

Die wilden Verbände.

Die Mitgliederzahl der Unabhängigen Vereine hat sich von 253.020 im Jahre 1910 auf 272.517 im Jahre 1911 gehoben. Eine größere Bedeutung kommt neben der Polnischen Berufsvereinigung mit 57.988 Mitgliedern nur dem Berliner (früherer) Eisenbahnerverband mit 92.000 Mitgliedern, dem Bayerischen Post- und Telegraphen-Arbeiterverband mit 13.095 Mitgliedern und dem Allgemeinen Deutschen Metzlerverband mit etwa 13.000 Mitgliedern, sowie dem Pabstischen Eisenbahnerverband mit 11.652 Mitgliedern zu. Der modernen Arbeiterbewegung etwas näher stehen der Süddeutsche Eisenbahnerverband mit 11.815 und der Solinger Industriearbeiterverband mit 6040 Mitgliedern, sowie der Verband der Theater- und Kinoangestellten mit 400 Mitgliedern.

Die gesamte Gewerkschaftsbewegung zählte im Jahre 1911 also 3.042.203 Mitglieder und hatte eine Zunahme von 351.185 Mitgliedern. Ihre Gesamteinnahmen betragen, ausschließlich der „Unabhängigen Vereine“, 80.953.814 Mark, ihre Gesamtausgaben 67.629.149 Mark und ihre Vermögensbestände 70.878.305 Mark. Eine Zunahme an Mitgliedern verzeichneten die Zentralverbände mit 303.688 gleich 15,05 Prozent, die christlichen Gewerkschaften mit 45.828 gleich 15,53 Prozent, während die Strich-Dunderschen Gewerkschaften um 14.828 gleich 12,11 Prozent zurückgingen.

Die Organisationen der Privatangestellten hatten nach dem „Reichsarbeitsblatt“ in 62 Verbänden 822.604 Mitglieder. Und die Wirtschaftsfriedlichen Vereine (Selbst- und Vaterländische) 162.262 (1910: 121.126).

Noch in keinem Jahre ist der Ansturm unserer Feinde gegen die freien Gewerkschaften so heftig gewesen wie im vergangenen. Die Schatzmacher schreien nach gesetzlichen Bedrückungsmaßnahmen gegen unsere Gewerkschaften. Hilfreiche Hand dazu bieten ihnen mehr oder minder offensichtlich die gegnerischen Gewerkschaften. Und der Erfolg? Eine fast nie dagewesene starke Fortentwicklung der zentralisierten Gewerkschaften! Am festgefügtsten Bau dieser einheitlichen Organisationen zerschellen alle Schatzmacherleien und Zersplitterungsversuche.

Politische Uebersicht.

Der deutsche Katholikentag.

Mit großem Takt hat am Sonntag in Aachen die 59. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands begonnen. Alle Vorbereitungen sind getroffen, damit kein Mißlingen von Belang in die Festimmung kommt. Nach neuerer Meldung ist auf dem Katholikentage eine lebhaftere Bewegung gegen das Zensurgesetz in Aussicht genommen. Es werde eine Resolution zur Annahme vorgelegt werden, die die Aufhebung des Zensurgesetzes fordert. Außer dem üblichen Klimbim erfolgte kein Ereignis von Bedeutung.

Auf die Streikigkeiten im Zentrumslager deutete die Ansprache des Diözesanpfarrer Müller aus Köln hin, der über den verstorbenen Kardinal Fischer ausführte:

„Es war nicht immer leicht für den Kardinal, seine Reformarbeit fortzuführen. Es kam eine Zeit, wo die grundsätzlichen Erörterungen kein Ende nehmen wollten und viele schwerwiegenden Streitfragen aufgeworfen wurden. Manche Frage ist inzwischen geregelt worden, über andere lebt der Streit weiter. Der Kardinal war sich bewußt, was zum Ausgang dieser Kämpfe für die ganze Entwicklung der sozialen Bewegung abhing und er zögerte keinen Augenblick, sich schuldig vor die Welt zu stellen, die unter seinen Augen und mit seiner Mitwirkung für die Organisationen tätig waren.“

In Ansprachen und Hirtenbriefen trat er den Angriffen entgegen und zwei Mal machte er eigens die beschwerliche Reise nach Rom, 1908 und 1910, um Mißverständnisse zu zerstreuen und falsche Anklagen zu entkräften. Das hoffentlich letzte Aufleben dieser Kämpfe fiel in seine letzten Lebensstage. Wenn die katholischen Arbeiter und ihre Führer trotz der Häufung von Angriffen aller Art im In- und Auslande den Glauben an den Sieg ihrer Sache nicht verloren und in ihrer Arbeit nicht müde wurden, dann lag der Grund in dem zuverlässigen Bewußtsein: Unser Kardinal steht zu uns und hält seine Hand über uns! (Stimm. Beifall.) An seinem Grabe wollen jetzt die katholischen Arbeiter Deutschlands der Welt zeigen, daß sie nie vergessen werden, was ihren Kardinal Richter war. Möge sich sein künftiger Wunsch bald verwirklichen, daß die Tage der Prüfung abgeschlossen sind, und die katholische und christliche Arbeiterbewegung frei von den Angriffen aus dem eigenen Lager ihre Kraft voll einsehen kann für den Sieg ihrer Sache über die gewaltig anwachsende christlichfeindliche Arbeiterbewegung.

Die übrige Tagung wurde zumeist mit „hürmlichem, langanhaltendem“ Beifall ausgefüllt.

Wilhelms Publikum.

Die Rede, in der Wilhelm II. das „ideale Verhältnis der Krupps zu ihren Arbeitern“ und seine eigenen „Erfolge auf dem Gebiete der Arbeiterfürsorge“ feierte, hat natürlich

Den allgemeinen Beifall der Festversammlung gefunden. Es ist interessant, die Leute kennen zu lernen, die da ihre Zustimmung zu den Anschauungen Wilhelm II. zu erkennen gaben. Außer Ministern, Generalen, Admiralen, Oberregierungs- und Polizeipräsidenten, bei denen man ohnehin Übereinstimmung mit ihrem „allerhöchsten Herrn“ voraussetzen darf, verzeichnet die Liste der Feststellnehmer u. a. die folgenden Namen:

Geheimer Kommerzienrat Cervaes, Vorsitzender der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller Abgeordneter Dr. Deumer, der Geschäftsführer der nordöstlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller der Vorsitzende des Vereins deutscher Eisenhüttenleute Kommerzienrat Sprigorum, Generaldirektor des Eisens und Stahlwerks Vösch, der Geschäftsführer des Vereins deutscher Eisenhüttenleute Dr. Ingenieur Schroeder, Landrat a. D. Nötger, der frühere Vorsitzende des Kruppischen Direktoriums und jetziger Vorsitzender des Direktoriums des Zentralverbandes deutscher Industrieller, Regierungsrat Dr. Schwaighoffer, Geschäftsführer des Zentralverbandes deutschen Industrieller, Kommerzienrat Köchling, der Vorsitzende des Ausschusses des Stahlwerkes, Geheimer Regierungsrat Dr. v. Böttlinger, Vorsitzender der Sittlinger Vereinigung zur Förderung der angewandten Physik und Mathematik, der Vorsitzende des Ausschusses des Norddeutschen Lloyd's A. H. Schell, der Geschäftsführer des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller Vuel, Geheimer Regierungsrat Professor Busley, Vorsitzender der Schiffbautechnischen Gesellschaft, Berggraf Graumann, Vorstand des Kohlenindustrials, Geheimer Kommerzienrat Daniel-Düffelot, Geheimer Kommerzienrat Luca, Mitglied des Herrenhauses in Düsseldorf, Hugo Stinnes-Milheim (Aubr) und Eggeling von Schubert in Berlin.

Diese Namen sind der Arbeiterschaft nur zu bekannt. Ihre Träger sind fast alle Vertreter des rücksichtslossten Industrieferalwahrismus, Säulen des Zentralverbandes der Schatzmacher, begeisterte Beifallsrufer in allen Konventikeln, in denen Herr Alexander Dille seine Vorträge über „moralisierende Volkswirtschaft“ hält. Hätte Wilhelm II. faulische Anwendungen, so hätte er zitiieren dürfen: „Der Menge Beifall tönt mir nur wie Hohn!“

Fort mit der Unterstüfung — her mit der Arbeit!

Das Berliner Zentrumsblatt „Die Germania“ bringt einen Artikel, in dem für die Abschaffung aller sozialpolitischen Unterstüfungseinrichtungen mit Ausnahme der Krankenunterstüfung Stimmung gemacht wird. All dies soll geschehen im Interesse der Moorkultur, über deren Erfolge und Aussichten das genannte Zentrumsblatt schreibt:

Wenn Unternehmungen sich so rentieren, wenn sie ferner günstigste Folgen in sozialer, politischer und militärischer Hinsicht haben, dann gibt es nur eine Schlussfolgerung; die Melioration so rasch wie möglich durchzuführen, denn jedes veräumte Jahr bringt dem Staate, der Landwirtschaft und der Gesamtbevölkerung einen sich nach Millionen berechnenden Schaden. Der Staat kann nicht alles tun, aber die Landwirtschaft und die Städteverwaltungen, welche über Milch, Fleisch, Gemüse, Futtermittel und Obstsorten, müssen Privatorganisationen schaffen, welche die Meliorationen in umfassendster Weise zur Ausführung bringen. Technische Fachkräfte gibt es genug und Arbeitskräfte auch, denn zur Unterstüfung der Arbeitlosen wird in Deutschland über eine Milliarde ausgegeben. Fort mit der Unterstüfung — von Kranken abgesehen — und her mit der Arbeit! Einschränkung von Spiel und Sport und Betätigung nährbringender Arbeit, ihr Jugendvereine, Pfadfinder und Wehrjugender, denn das ist der Pfad zu Deutschlands Wehr; eine baldigste komplette Ausführung der Meliorationen und der Moorkultivierung!

Durch solche Übertreibung kann die Sache der Moorkultur nicht gefördert werden, desto mehr wird aber durch sie dem so dringend notwendigen Ausbau der Sozialversicherung geschadet. Gewiß ist es ein erstrebenswertes Ziel, daß ein Teil der Arbeitlosen auf das Land abgeleitet und der städtische Arbeitsmarkt dadurch entlastet wird. Aber das brutale Rezept, die Arbeitlosen durch Entziehung jeder Unterstüfung auf das platte Land hinauszujagen zu einer Arbeit, die sie nicht gewohnt und der sie vielleicht körperlich

gar nicht gewachsen sind, wird hoffentlich niemals Ausführung finden. Einstweilen zählen sich die Arbeiter ja ihre Arbeitslosenversicherung zum größten Teil aus den Kassen ihrer Gewerkschaften selbst, darüber hinaus aber ist eine umfassende Arbeitslosenversicherung durch das Reich notwendig. Auf die Formel „Moorkultur statt Arbeitslosenversicherung“ wird sich die Arbeiterschaft nicht einlassen.

Das Epiteltum in der Presse.

Der Tod des Kriminalkommissars v. Tausch und die Erinnerung an die Tötung, die dieser preussische Musterbeamte mit Hilfe seiner Preissegenanten v. Wigow, Beckert und Norman-Schumann ausübte, hat in einem Teil der bürgerlichen Presse recht melancholische Betrachtungen gezeitigt, und bis und da ist sogar die lange Frage laut geworden, ob es denn seit dem Abgang des Herrn v. Tausch wesentlich besser geworden sei. Die „Frankfurter Zeitung“ meint, die Frage sei so brennend wie früher, und die „Berliner Volkszeitung“ hält es für notwendig, die auf diesem Gebiet heute noch bestehenden Mißstände in einer Reihe von Artikeln zu bekämpfen. In einem davon wird unter anderem gesagt:

Wir verwerfen das Presse-Epiteltum, das sich sogar in unabhängige Redaktionen einzuschleichen versucht — hier allerdings mit negativem Erfolge — aus stillosen Gründen, aus Gründen der Reinlichkeit und der Anständigheit, aus allerentschiedenheit. Nicht nur, daß das auf Vertrauensmißbrauch und auf Verletzung ausgebauten System an sich verächtlich ist; auch die Verlogenheit, mit der es notwendigerweise arbeiten muß, wirkt auf ethische und ausländige Menschen abstoßend. Die „Gewährsmänner“, Warranten, Aufsucher und Geschäftsträger, die bei der Polizei ihre „Wichtigkeit“ hartum müssen, sind zum Teil vollständig streifenlos in dem Aufbringen aller möglichen Geschichten, durch die sie sich bei der Polizei unentbehrlich machen wollen. . . . Die gesamte Presse hat das größte Interesse daran, daß hier eine Reform eintritt.

Dieser Notruf verdient besondere Beachtung, da der Chefredakteur der „Volkszeitung“, Herr Vollrath, in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Berliner Berufsvereinigung bürgerlicher Journalisten als außergewöhnlich guter Kenner der Verhältnisse gelten muß. Seine Ausführungen erinnern an die in Berliner Journalistenkreisen oft gehörte Behauptung, es gebe keine größere bürgerliche Redaktion, in der kein Vertrauensmann der Polizei fige. Hier ergäbe sich für die bürgerlichen Journalistenvereine eine schöne Gelegenheit, durch Auskehr mit dem eisernen Besen für die Hebung ihrer Standeshere Sorge zu tragen.

Erfolgswahl im ersten Berliner Landtagswahlkreis. Für den am 26. März verstorbenen Landtagsabgeordneten Albert Fraeger wird am 29. Oktober die Erfolgswahl vorgenommen. Die Wahlmännerwahlen finden am 30. September statt; sämtliche Wahlmänner werden neu gewählt. — Der Wahlkreis ist sicherer sozialistischer Wahlkreis; bei der letzten Wahl im Jahre 1908 wurden hier 345 freisinnige und 83 sozialdemokratische Wahlmänner gewählt.

Die erste Reichskonferenz liberaler Arbeiter wurde am Sonnabend in Leipzig eröffnet. Nach dem „Berl. Tagbl.“ begrüßte der Vorsitzende des liberalen Arbeitervereins Leipzig, Viehweger, namens seines Vereins die Erscheinenden und schloß in kurzer Ansprache die Notwendigkeit der Gründung einer liberalen Arbeiterbewegung. Gerade hier in Leipzig auf historischem Boden wolle man sich über die Zwecke und Ziele der liberalen Arbeiterbewegung auseinandersetzen. Die neue Organisation wolle keine Eigenbrödelerei und keine selbständige Organisation im Gegensaß zu der Partei begründen; aber es sei notwendig, die Arbeiterinteressen innerhalb des Liberalismus stärker zu betonen und den liberalen Arbeitern bei der Ausübung ihres Wahlrechts einen größeren Schutz zu gewährleisten. Von den Verhandlungen erhoffte er nur Ernst und Sachlichkeit. Die liberale Arbeiterbewegung müsse kräftiger und energischer auftreten, um sie überall zu hören. — Die Hauptverhandlungen begannen am Sonntag.

Meineidverfahren gegen einen bayerischen Landtagsabgeordneten. Gegen den Zentrumsabgeordneten des bayerischen Landtages, Arbeitersekretär Oswald, der durch seine Angriffe auf den Reichspräsidenten v. Fraendorfer in dem Sturz des Ministeriums Bodenwils eingeleitet hat, schreibt nach einer Meldung der „Post“ ein Verfahren wegen Verleitung zum Meineid.

eid. Der Geschäftsausschuss des Landtages hat jedoch der Vollversammlung vorgeschlagen, die Erlaubnis zur Strafverfolgung zu verjagen.

Die Ersatzklassen für die Angestellten. Nach dem Beschluß über die Angestelltenversicherung bestimmt der Bundesrat am Antrag, welche Klassen als Ersatzklassen zugelassen werden. Allgemein wurde die Bestimmung dahin aufgestellt, daß der Bundesrat bestimmte Normen in den Ausführungsbestimmungen über die Zulassung von Ersatzklassen fest zu setzen werde. Nach einer offiziellen Korrespondenz sind solche Ausführungsbestimmungen nicht in Aussicht genommen, da die Entscheidung über die Zulassung einer Klasse als Ersatzklasse nur nach Lage des einzelnen Falles getroffen werden soll.

Rechtszeitige, planmäßige und systematische Schulung der Zentrumsmitglieder verlangt die „Kölnische Volkszeitung“: „Man müsse jeden Reichstagswahlkreis in kleinere Bezirke zerlegen, hier eine Art Unterrichtscommission bilden und dieser ein den Verhältnissen des Kreises angepasstes Programm zur Durchführung übergeben. Die Lehrkräfte sind leicht zu gewinnen, wenn erst einrichtend der Anfang gemacht ist. Man soll nur die Spezialgebiete entsprechend abgrenzen und für Austausch von Rednern in den benachbarten Gemeinden sorgen. In kleinen und kleinsten Versammlungen werden oft erstrebenswerte Erfolge erzielt als in den glänzenden Massenversammlungen.“ — Eine Mahnung zur Nützlichkeit an unsere Gewerkschaften!

Die Tauglichkeit der Militärvollführer. In der neuesten Ausgabe von „Völkische Jahrbücher“ über das Heer- und Kriegswesen“ wird wieder konstatiert, daß die Zahl der unbedeutend tauglichen Militärvollführer von Jahr zu Jahr abnimmt. Von je 100 endgültig Abfertigten waren tauglich: im Jahre 1907: 54,9, 1908: 54,6, 1909: 53,6, 1910: 53. Diese Verhältnisse werden auf die Zunahme der städtischen industriellen Bevölkerung zurückgeführt. So waren z. B. von je 100 endgültig Abfertigten im Bereich des 15. Armeekorps (Gefäß) tauglich 66,7, in Preußen 68, in Westpreußen 61; dagegen in Schlesien nur 47,8, in Brandenburg mit Berlin gar nur 42,1.

Die Kriminalität ist nach Böckl, wenn auch im bescheidenen Maße, zurückgegangen. Es wurden im Jahre 1911 angeklagt: 14.324 Personen, verurteilt 12.448. Die Zahlen für 1910 lauten: 14.453 und 12.597.

Der Spionen-Austausch. Der russische Hauptmann Kosselitsch wurde am Sonnabend nachmittags 5 Uhr 10 Min. aus der Haft entlassen. Der vor einiger Zeit in Wehrhaken verhaftete, internierte deutsche Leutnant Dahm wurde in Wehrhaken freigelassen. Seine Freilassung erfolgte, wie die des russischen Hauptmanns Kosselitsch, gegen Stellung einer Kaution von 30.000 Mk. Dahm versicherte, ebenso wie Kosselitsch, ehrenwörtlich, zur Verhandlung rechtzeitig zu erscheinen.

Die Leiche des Deutschen Obit gefunden. Aus Langer telegraphiert der Korrespondent der „Times“, daß die Leiche des Deutschen Obit jetzt aufgefunden worden ist. Die Mörder wollten die Spuren ihrer Missetat möglichst verwischen, und sie suchten den Leichnam zu verbergen. Man ihnen aber nur teilweise gelang, so daß es möglich war, an den übriggebliebenen Knochen- und Stoffresten, sowie an anderen Merkmalen festzustellen, daß man die üblichen Merkmale des hingemordeten Deutschen vor sich habe. Zwei Leichentücher wurden bereits vorgefunden.

Ausland.

Die Osborne-Vorlage.

Aus London, den 7. August, wird uns telegraphisch mitgeteilt: Hier wurde es her, seit das Haus der Lords die höchste richterliche Instanz des Osborne-Urteils fällte, die Paris der englischen Gewerkschaften, ihre Gelder für andere zu politischen Zwecken zu verwenden, für ungesetzlich erklärt. Die große politische Bedeutung der Entscheidung liegt darin, daß sie der Arbeiterpartei, die in der Vergangenheit einen Verband von Gewerkschaften zu politischem Zweck darstellte, ihrer ganzen Grundlage beraubte. Dem Urteil zufolge eine ganze Anzahl gerichtlicher Einhaltsbefehle, die durch die Partei nach der anderen ausgedrückt verboten, irgend etwas in ihrer Gelder zur Vorbereitung und Führung parlamentarischer Wahlen, zum Unterhalt gewählter Abgeordneter, zur Abhaltung politischer Versammlungen, zur Veröffentlichung politischer Agitationschriften, überhaupt zu politischen Zwecken irgend welcher Art zu verwenden. Die betroffenen Gewerkschaften suchten sich zunächst dadurch zu helfen, daß sie ihre Mitglieder zur Leistung freiwilliger politischer Beiträge aufforderten. Diese Aufforderungen hatten aber nicht den gewünschten Erfolg, und schließlich haben sich mehrere Gewerkschaften schließlich genötigt, ihre politische Tätigkeit aufzugeben und ihre Angehörigkeit zur Arbeiterpartei wenigstens insofern zu lösen, daß sie die Parteimitgliedschaft schuldig blieben. Einzelne haben auch nicht mehr an den Parteitagungen teilgenommen. Unter solchen Umständen war die Arbeiterpartei auch in ihrer

Die Bagabunden.

Roman von Karl von Soltel

Anton war guter Laune. Die Lebenswürdigkeit des gegnerischen Vermittlers hatte ihn erheitert. Er hatte Lauras entgegenkommen goldene Brüden; die Verjöhnung bot keine Schwierigkeiten, und erst nachdem sie abgeschlossen und besiegelt war, fiel der Schönen aufs Herz, daß sie nicht zu Anton hätte kommen, sondern vielmehr daheim horrend hätte schmollen und maulen müssen, bis er bittend zu ihr gekommen wäre. Diese tadelnswerte Avance durch eiligen Rückgang gutzumachen, stand sie schon im Begriff, da irrte es abermals die Treppe herauf, und des Leutnants Stimme ließ sich von außen vernehmen, wenn er umgeben sei, wolle er später wiederkommen. Daß er einträte, nur um ein Ende zu machen, rief Laura ärgerlich und rief die Tür weit auf. Der Gute war noch nicht sichtbar, da schickte er schon eine Entschuldigung voran, indem er sagte: „Ich komme mir vor wie ein außerordentlicher Postkoffer, der, entleert, um Unterhandlungen anzuknüpfen, zu früh abreißt; gleich nachdem er fort war, hat zuhause eine Staatsumwälzung stattgefunden, die alle meine diplomatischen Feinheiten unnütz macht. Während ich vor einigen Stunden und seit ich bei Ihnen war, Bester, ist soviel geschehen, daß ich gar nicht weiß, womit ich erzählen beginnen soll. Ihr Zweck kann nicht zustande kommen, auch dann nicht, wenn Sie vom reichsten und ältesten Adel wären, denn Ihr Gegner ist auf und davon! Es klingt ungläublich, doch leider muß ich's glauben. Denken Sie: so ir beraten gestern Abend allen Ernstes untereinander, was etwa geschehen könnte, den Schimpf des Jahnehenschwens von des Geltschabels Kopf zu waschen und unterdessen schlecht er zu einer bewußten Dame, um bei ihr und von ihr versprochenen Lohn zu empfangen für die an Demoielle Adele verübte Missetat. Eine gewisse lustige Person Curer Gruppe bekommt Bind, wird härter zur traurigen, vielmehr zornigen Person, glaubt sich in eigenen Rechten gekränkt, sprängt eine verschlossene Tür, bringt ein und trennt das unglückliche Paar — wodurch? Durch den zwischen beider Jählichkeit geworbenen Leichnam selbiger Adele! Wo daß man das alte Sprichwort passend anbringen könnte: womit du sündigst, sollst du gestraft werden. Aus dem gestörten Duetz entsteht ein Terzett, in welchem, wie die Karthagen behaupten, Bajazzos leberne Reizgerie taktiert haben soll. Der Neß ist Schweigen. Neß fröhlicher Louis hat begriffen, daß eines Hanswurstes Reizgerie tieferer Wunden schlägt, als der Parour blühige Zahne und ist, nicht ohne seinen Gläubigern heftigen Schred zu bereiten, in aller Hast nach Hause gereiß, allwo er seine Eltern fürchterlich an-

zulügen nicht erlangen und auch an seinem überzähligen Papa einen gläubigen Hörer finden wird. Ich jedoch habe bereits an die Mutter geschrieben und dieser berechnungsmüden Frau die Wahrheit mitgeteilt, damit das verdorbene Schindeln durch ihren Einfluß wenigstens etwas länger gehalten werden möge. Der alte Graf — zwar an Jahren ist er noch ein junger Graf — nimmt mir diese Einmischung gewiß höchst übel, doch das ist gleichgültig. Ich besuche sein Haus ohnedies nicht mehr, so lange der Schlingel von Sohn vorhanden ist. Nun, mein guter Antoine, wissen Sie, was Sie wissen mußten, zur Ergänzung unseres ersten Zwiegesprächs. Ich wiederhole Ihnen, daß wir uns freuen werden, Sie unter uns zu sehen, und empfehle mich der schönen Dame zum zweitenmal, diesmal, um fürs erste nicht wieder zu belästigen.“

Laura besaß schon genügende Kenntnis der deutschen Sprache, um den Hauptinhalt dieses Berichtes zu fassen, woran sie sich nicht wenig ergötze. Auch Anton fühlte sich glücklich, so leichtem Kaufs aus einer so listigen Alteme befreit zu sein. Für sein Verhältnis bei der Truppe schien die Begebenheit nützlich. Madame Adelaide war — fürs erste wenigstens — von ihren Präntionen zurückgekommen, sie sollte beschämt zu der beifälligen Teilnahme, die sich jetzt neu erregt auf Adele und deren lähnen Ritter richtete. Ihre Anbeter verloren sich, das Gerücht von der toten Adele hatte sie zerstreut.

Doch sollte diese Ruhe und Selbstzufriedenheit, in welcher Anton's ergötze noch einmal eingeschleiert ward, nur eine scheinbare, sie sollte nur von kurzer Dauer sein. Wenige Tage nach den soeben geschichteten Vorfällen verbreitete sich bei der Gesellschaft plötzlich die Kunde, Herr Amelot sei eingetroffen, habe auch bereits dem Direktor eine Antrittsvorlesung abgehört, um sich und seine Künste zu ostentieren.

Wir haben weiter oben Herrn Amelot, den von Laura getrennt lebenden Gatten, Seiltänzer genannt. Das war er eigentlich nicht. Im Beginn seiner Laufbahn soll er sich wohl auch in jener Richtung verhalten haben, doch ohne vorzüglichen Erfolg, weshalb er sich später ausschließlich zum Springer bildete und als solcher die höchstmögliche Wirkung erreichte. Seine Körperkraft und Gewandtheit konnte nur mit seinem Mute, der jede Gefahr gering schätzte, verglichen werden. Er trockte dem Tode, wie wenn er ihn aufsuchen wollte; man sah seine Hauptstücke nicht ohne Schauer an. Doch in diesem Schauer gerade besteht für viele Zuschauer, ja ungläubigerweise für viele Zuschauerinnen, ein eigentümlicher Reiz. Dieser war es denn auch zunächst, der ihm — abgesehen von seiner allerliebsten Figur, welche auch das ihre getan — Lauras Neigung gewonnen. Sie nannte ihn zwar jetzt, sobald von ihm die Rede war, nicht anders als „Angehöriger“, wie wenn das sein Taufname gewesen wäre. Doch daß er ihr noch nicht gleichgültig sei, und daß sie öfter, als Anton notwendig erachtete, über ihn sagte, ließ

lehteren nicht im Unrecht vermuten, das Angeheuer sei noch nicht gänzlich aus ihrer Gunst verbannt. Deshalb empfand er, vorzüglich in den Momenten seiner Liebe zu ihr, noch selten jene rückwirkende Eifersucht, die um so politischer ausfällt, wenn sie einem Unbekannten gilt und folglich einer geschäftigen Phantasie desto weiteren Spielraum darbietet.

Jetzt war nun dieser unbekante Gegenstand seiner Kunde anwesend, er sollte ihn persönlich kennen, sollte zugleich erlernen, wie Madame Amelot sich Herrn Amelot und ihren Angehörigen benehmen werde. Eine gefährliche Probe für beide Teile!

Laura empfand dies nur als Neugier und suchte sich zu bedecken den Mäden zu deden durch die Erklärung, sie werde nicht dulden, daß der Direktor das Angeheuer engagiere, wenn es aber wider ihren Willen geschehe, werde sie ohne Aufschub abreißen.

„Und ich?“ fragte Anton, „was wird mit mir? Wirdet nicht mein Kontrakt mich für noch länger als zwei Jahre an Guillaume?“

„So brich ihn und folge mir.“
„Niemals, Laura, niemals. Es wäre feige von uns beiden. Deine Flucht müßte den Menschen, der dich unwürdig behandelte, der dich schlug, wie du behauptest — (ich beargwöhne das nicht!) — argwöhn lassen, er sei dir noch gefährlich. Und ich will nicht zum Betrüger an einem guten Manne werden, der mir wohlwollend entgegenkam. Zeige jetzt, wie eine Frau von Geist und Bildung ihre Stellung zu behaupten versteht, halte den groben Aufspringer durch kalte Stillschick fern, und wenn er sich vertrauliche Anreden erlaubt, so weise ihn mit der wehrerung zurück, daß er jedes Recht auf dich längst vercherzt habe.“

„Und wenn du mit Szenen machst? Wenn du mich mit Eifersucht plagst, Gott, welche Ertüfung!“

„Fürchte nichts. Ich werde dich nicht plagen. Du sollst mit mir zufrieden sein.“ So beschloß Anton die Unterhaltung. Aber Laura war nicht weniger als zufrieden. Anton's besonnene Kälte mißfiel ihr. „Wenn er wenigstens gedroht hätte, meinen Gemahl zu töten“, murmelte sie, „das wäre doch etwas!“

Ich habe durchaus nicht darüber Klar werden können, warum Herr Amelot, Lauras Vetter und Schwelger beim Direktor entgegen, Adelaide's Einwendungen zum Trotz — denn letztere fürchtete in ihm einen drohenden Rivalen des wiederum mit ihr verjöhnten, ein ähnliches Kunstgebiet bearbeitenden Bajazzo — dennoch engagiert werden sollte, und entdeckte keinen anderen Grund, als den stürmischen Beifall, den er bei einigen Gastvorstellungen fand, und der Herrin Guillaume für die Klasse das Beste folgern ließ.

(Fortsetzung folgt.)

ganzen Tätigkeit stark bestimmt, und das erklärt auch zum Teil ihre Unflexibilität. Bleibt das Osborne-Urteil dauernd zu Recht bestehen, dann ist der Bestand der Arbeiterpartei in ihrer heutigen Form unmöglich.

Die Arbeiterpartei ist selbstverständlich die ganze Zeit hindurch bemüht gewesen, dieses ihr abschließlich in den Weg gelegte Hindernis zu beseitigen. Die Fraktion brachte in jeder Session eine eigene Vorlage zur Wiederherstellung des Selbstbestimmungsrechtes der Gewerkschaften ein und forderte fortgesetzt auch eine Regierungsvorlage in diesem Sinne. Allein die Regierung hielt sie mit unbestimmten Versprechungen hin. Der einzige politische Erfolg der Bemühungen der Arbeiterpartei war die Einführung von Abgeordneten-Diäten im vorigen Jahre, die zwar die finanziellen Schwierigkeiten der Arbeiterpartei beträchtlich erleichterten, auf der anderen Seite aber auch die Kontrolle der Gewerkschaften und der Arbeiterpartei über ihre Parlamentsvertreter herabmünderte. Im übrigen brachte die Regierung im vorigen Jahre eine Vorlage ein, die zwar die Osborne Entscheidung umstürzen sollte, aber noch weit davon entfernt war, das frühere Selbstbestimmungsrecht der Gewerkschaften wiederherzustellen. Des langen vergeblichen Wartens müde, nahm die vorjährige Jahreskonferenz der Arbeiterpartei einen Beschluß an, worin sie den Gewerkschaften empfahl, das „Judge-made-law“, das von Richtern gemachte Gesetz zu machen und ungeachtet der Zukunftsrisiken weiter Politik zu treiben. Der Beschluß scheint jedoch bisher von keiner Gewerkschaft durchgehlehrt worden zu sein und die Partei fuhr fort, die Regierung zur Passierung ihrer Vorlage zu drängen.

Gestern kam es endlich zur zweiten Lesung der Osborne-Vorlage. Sie ist dieselbe, die in der vorigen Session von der Regierung eingebracht, aber nicht weiter verfolgt wurde. Vor dem Osborne-Urteil stand es den Gewerkschaften frei, wenn sie wollten, auch alle ihre Gelder ohne jede Beschränkung zu beliebigen wirtschaftlichen oder politischen Zwecken zu verwenden. Das Osborne-Urteil verbot ihnen, auch nur einen Teil zu politischen Zwecken irgendwelcher Art zu verwenden, selbst wenn die Mitglieder des Komitees zustimmten. Die Regierungsvorlage ist ein Kompromiß zwischen den beiden Rechtsansichten. Die eigentliche Späre der Gewerkschaften soll die wirtschaftliche Tätigkeit sein. Aber sie können sich auch mit politischen Dingen befassen und einen Teil ihrer Gelder dazu verwenden unter den folgenden Bedingungen. Die Gewerkschaft muß den Wunsch, sich mit politischen Gegenständen zu befassen, formell in ihre Statuten aufnehmen, und zwar auf Grund einer geheimen Abstimmung ihrer Mitglieder. Die absolute Mehrheit der Abstimmenden genügt, aber der Majorität der Freunde der Sozialdemokratie der Staatsbeamten, dem die Aufsicht über Beamte und Gewerkschaften untersteht, muß beistimmen, daß die geheime Abstimmung ethisch durchgerechtfertigt war und daß jedes Mitglied die gleiche Gelegenheit hatte, seine Stimme abzugeben. Die zweite Bedingung ist, daß das Geld zu politischen Zwecken einem besonderen Fonds einbezahlt werden muß, zu dem die Mitglieder einen besonderen Beitrag leisten müssen. Die dritte Bedingung ist, daß jedes Mitglied das Recht hat, sich mittels schriftlichen Ansuchens von der Beitragspflicht zu diesem Fonds zu befreien, und daß er infolgedessen in keiner Weise benachteiligt werden darf. — Die Vorlage wurde vom Kronminister Sir Rufus Isaacs begründet. Aus seiner Rede verdient eine Stelle angeführt und insbesondere auch außerhalb Englands bemerkt zu werden. Er sagte: „Die Regierung ist nicht der Ansicht, daß die Gewerkschaften auf das Gebiet der wirtschaftlichen Tätigkeit beschränkt werden sollen. Sie ist der Auffassung, daß eine Verbindung von Arbeitern zum Zwecke der Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen als eine notwendige Folge zur Teilnahme an der Politik berechtigt ist. Sie muß in stande sein, Parlamentskandidaturen zu fördern, Wahlkosten zu zahlen und im allgemeinen am politischen Leben des Landes teilzunehmen.“ Nur müßten die andersdenkenden Minoritäten geschützt werden.

Die Redner der Arbeiterpartei Clynes, Garbay und Macdonald akzeptierten die Vorlage, verlangten aber Amendements, die das frühere Recht der Gewerkschaften möglichst ganz wiederherstellen. In seiner jetzigen Fassung mache das Gesetz unter dem Vorwande des Schutzes der Minoritäten den Gewerkschaften die politische Betätigung sehr schwer oder ganz unmöglich. Das Verhalten der bürgerlichen Parteien hat eine interessante Studie. Die liberalen Redner, die an der Debatte teilnahmen, unterstützten die Arbeiterpartei. Sie alle vertraten hochindustrielle Kreise. Einige Konservativs wandten sich während gegen die Vorlage, weil sie den Terrorismus der Gewerkschaften legalisierten. Aber sie alle vertraten reine Agrardistrikte. Andere Konservativs, die in Industriekreisen gewählt sind, stimmten der Vorlage im Prinzip zu, verlangten aber reaktionäre Amendements. Das ist der Respekt vor den Stimmen der Arbeiterpartei. Bei der Abstimmung erhielt die Vorlage die große Mehrheit von 100 Stimmen. Nun bleibt abzuwarten, wie sich die Lords dazu stellen werden.

Türkischer Wirrwarr.

Wie Konstantinopeler Blätter melden, hat Ibrahim Pasha dem Großvezir telegraphisch mitgeteilt, daß die Ruhe in Albanien zurückkehre und daß er in den Verhandlungen mit den Albanesen-Chefs fortfahre. In der Depesche heißt es weiter, daß die Albanesen-Chefs die Gerüchte von den angelegten Absichten der Albanesen dementiert und erklärt hätten, daß sie die Verstärkung von der Türkei nicht wünschten. Der Präsident des Senats, Ferid Pascha, sandte an die Albanesen-Chefs eine Depesche, in der er ihnen den Rat erteilt, seine Forderungen aufzustellen, welche die Würde des türkischen Reiches verletzen.

Im Widerspruch dazu steht folgende Meldung aus Saloniki: Hier und in Mesidien herrscht vollkommene Revolution. Die jungtürkisch gesinnten Offiziere dieser Bezirke sind nach Albanien gegangen, um sich mit den Führern der Albanesen über ein gemeinsames Vorgehen gegen die jetzige Regierung zu verständigen. 150 höhere Offiziere, die fast sämtlich in Deutschland ihre Ausbildung erhalten haben, haben sich gegen die jetzige Regierung ausgesprochen.

Von der Grenze wird gemeldet: Der montenegrinische Kriegsminister hat sich nach der Grenze begeben, um die Untersuchung der letzten montenegrinisch-türkischen Zwischenfälle selbst in die Hand zu nehmen. Er hat den türkischen Grenzkommissar nach dem Grenzorte Verane eingeladen, um mit ihm die Untersuchung einzuleiten und einen Ausgleich der Gegensätze herbeizuführen. An der türkisch-montenegrinischen Grenze bauern die Schammüßler fort. Auf die diesbezüglichen neuerlichen Schritte des montenegrinischen Geschäftsträgers antwortete der Minister des Auswärtigen, daß vermuthlich die Befehle des Kriegsministeriums das Feuer einzustellen, den Grenzbehörden noch nicht zugegangen seien.

Gegen den General Hassan Tossun Bey ist ein Haftbefehl erlassen worden. Er hatte sich an den Kundgebungen der Offiziere gegen das neue Kabinett beteiligt. Wie es heißt, ist er nach Monastier geflüchtet.

11. August. Ismael Kemal Bey, der sich in Belau befindet, hat den Kriegsminister benachrichtigt, daß infolge seiner Intervention die Armaten von Sidbalbanien darauf verzichtet haben, neue Forderungen aufzustellen. Die Albanesen des Südens seien mit den Forderungen zufrieden, welche den Nordalbanesern gewährt worden sind.

Der Kriegsminister hat den Befehl gegeben, bis auf weiteres im Vilajet Kossowo keine Rekruten anzuwerben. Das Organ des jungtürkischen Komitees „Tanin“ hat der „Wostischen Zeitung“ zufolge die Einstellung seines Erscheinens angekündigt.

Hochverrat!

In die Anfänge der österreichischen Arbeiterbewegung führt uns eine ganz hervorragende Veröffentlichung zurück, der Wiener „Hochverrat!“, der Bericht über die Schlußgerichtsverhandlung gegen Andreas Scheu, Heinrich Oberwinder, Johann Wost und Genossen, welchen Heinrich Scheu neu herausgegeben hat, der einst mit seinen Brüdern in der ersten Umfassung der Arbeiterbewegung gestanden war. Schon die Veröffentlichung dieses hochbedeutenden Prozessberichts wäre ein großer Verdienst um unsere Arbeiterbewegung, es wird bedeutend gefördert durch wertvolle Beigaben, die uns die Bedeutung dieses Prozesses, seine Stellung in der Arbeiterbewegung auf das Deutlichste zeigen und die uns zurückführen in die Anfänge unserer Bewegung, Personen und Ereignisse uns näher bringen und uns verständlich machen. Mehr wie vier Jahrzehnte sind verstrichen, seitdem dieser Prozeß geführt wurde, wenige Leben noch, die die Erinnerung an jene Zeiten haben. Die Bewegung ist eben weit über ein Menschenalter gediehen und deshalb ist die Erinnerung an die Anfänge des Sozialismus in Oesterreich, an die ersten Kämpfe, die er zu führen hatte, an die Strömungen, die ihn zu beeinflussen suchten, fast vollständig erloschen. Die österreichische Arbeiterbewegung unterscheidet sich von der reichsdeutschen durch den wichtigen Umstand, daß sie nicht eine fortlaufende ununterbrochene Entwicklung darstellt, daß in Deutschland das Sozialistengesetz den Zusammenhang zwischen der Bewegung vor und nach dem Ausnahmezustand nicht unterbrochen hat, während in Oesterreich die Zeit des Ausnahmezustandes zur tiefgehenden Trennung der ihm vorangegangenen und der ihm folgenden Bewegung führte. Die Bewegung vor dem Ausnahmezustand hatte infolge der zahlreichen Spaltungen eine ganze Reihe von Abschlüssen. Zahlreiche Personen, die in der ersten Zeit der Bewegung gewirkt haben, sind ihr später entfremdet worden, und neue Männer, deren Geschichte nicht bis in die Anfänge der Arbeiterbewegung zurückgeht, sind an ihre Stelle getreten. Das sind die Gründe, warum in der deutschen Arbeiterbewegung die Geschichte der eigenen Bewegung in weit höherem Maße bekannt ist, wie das in Oesterreich der Fall ist. Im Antikartellbuchhandel hatte der Hochverratsprozeß den Charakter einer hochbezahlten Kartell erhalten, unerschwinglich waren die Preise, die für die wenigen in den Gassen gekommene Exemplare gefordert wurden. Zahlreiche Arbeiterbibliotheken und Arbeiter, die sich dieses für die Geschichte der Partei so wichtige Werk anschaffen wollten, mußten darauf verzichten, weil nur außerordentlich selten ein Exemplar zu erwerben war und dann der Preis gar zu stark mit seinem Umfange im Widerspruch stand. Nun ist dieses Werk, das so viele besitzen wollten, das aber den meisten nur dem Namen nach bekannt war, wieder in einer neuen Ausgabe erschienen. Es ist ein Werk von fast 900 Seiten, das reichliche Belegung in der Partei verbreiten wird. Es war notwendig, in einer Einleitung die politische und soziale Geschichte, die diesem Prozeß vorangegangen ist, darzustellen, um die Zeit und die Verhältnisse zu begreifen, die den Hintergrund dieses Prozesses gebildet haben. Paul Kemner, der geschickteste Mann für diese Aufgabe, hat die politische und soziale Geschichte von 1848 und 1870 dargestellt und damit im Zusammenhange mit seinem Nachwort zum Hochverratsprozeß Oesterreichs Geschichte von 1870 bis 1907, einen Abriss der österreichischen Geschichte im Zusammenhange mit der Arbeiterbewegung gegeben. Diese Geschichte beginnt mit der Zeit vor der Revolution, sie zeigt uns das Jahr 1848 in knapper und eigenartiger Beleuchtung, schildert dann Oesterreich nach der Revolution, die Auseinandersetzung mit Preußen, die Zerküftung der Sozialdemokratie in den Kämpfen jener Jahre und dann Oesterreich und die Arbeiterbewegung nach 1867. Hieran schließen sich seine Federzeichnungen, Heinrich Scheus Erinnerungen, die ein wertvoller und reichliche Aufklärung verbreitender Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung sind. Heinrich Scheu, der schon den ersten Bericht über den Prozeß herausgegeben hat, hat ihn nun mit Liebe und Sorgfalt neu durchgesehen, Unrichtigkeiten, Druckfehler ausgemerzt, dagegen Verlorenes, Gleichgültiges, Unwichtiges ausgelassen. Dadurch hat der Bericht an Genauigkeit nichts verloren, aber er ist leichter zu lesen und er wirkt eindringlicher und bedeutsamer. Ein groß Stück der Geschichte der österreichischen und der deutschen Arbeiterbewegung aber auch ein Stück allgemeiner österreichischer und deutscher Geschichte zieht vor unserm geistigen Auge vor, wenn wir diesen Prozeßbericht lesen. Der Prozeß endete mit schweren Verurteilungen, so mancher Feind der Arbeiterbewegung hatte gehofft, daß man die Bewegung ausrotten könne mit der Verurteilung ihrer Wortführer. Wie groß war dieser Irrtum! Heute ist in Oesterreich dieses vermischt, was damals den Anlaß gegeben hat zur Erhebung der Anklage auf Hochverrat gegen die Führer der Sozialdemokratie Oesterreichs. Karl Kemner zeigt in seinem Schlußwort, wie die Sozialdemokratie Oesterreichs zu einer großen und mächtigen Partei wurde, wie sie sich das allgemeine Wahlrecht erungen hat und wie sie zu einem der entschiedensten Faktoren im öffentlichen Leben Oesterreichs geworden ist. So erscheint dieses Buch gleichzeitig als ein Quellenwerk, als eine Sammlung wichtiger Urkunden für die Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung und doch wieder als ein Abriss der Bewegung selbst. Das elegant ausgestattete Werk umfaßt 870 Seiten und kostet 8 K. = 7 Mk. Es kann auch in zwei Bänden a 4 K. = 3,50 Mk. von der Parteibuchhandlung in Wien VI, Gumpendorferstraße 18, bezogen werden. Bei Einbindung der ersten Rate erfolgt schon die Zufendung des Buches. Um auch gänzlich Unbemittelten die Anschaffung des Wiener Hochverratsprozesses zu ermöglichen, veranstaltete die Wiener Volksbuchhandlung eine Ausgabe von 27 Heftchen zum Preise von je 24 Heller = 20 Pfennige. Bestellungen nehmen alle Buchhändler-Kolporteurs und Parteibuchhandlungen entgegen.

Frieden in Sicht? Das Blatt „Stampa“ meldet, daß die Friedensunterhandlungen zwischen der Türkei und Italien auf gutem Wege sind. Denselben Blatte zufolge werden die Feindschaften bereits in der nächsten Woche eingestellt werden. Diese Nachricht bedarf allerdings noch der amtlichen Bestätigung und ist deshalb noch mit großer Vorsicht aufzunehmen.

100.000 Mann in Marokko? Die französische Regierung hat beschlossen, wie die Armeezeytung versichern zu können glaubt, eine Armee von 100.000 Mann nach Marokko zu entsenden. Zu diesem Zweck hat der Kriegsminister verfügt, daß diejenigen Soldaten, welche erst seit sechs Monaten unter der Fahne stehen und nach Marokko zu gehen wünschen, sich einschreiben lassen können. Die Soldaten brauchen nicht volle zwei Jahre zu dienen. Das genannte Blatt will außerdem erfahren haben, daß General Gautrey 80.000 Mann Ersatztruppen verlangt habe.

Amerika.

Sozialistische Wahlausichten. Wie „Coming Nation“ aufgrund der Berichte aus den einzelnen Staaten mitteilt, hofft man diesmal in 28 Staaten Landtags- und in 11 Staaten Kongreßabgeordnete durchzubringen. Es handelt sich um 25 bis 30 Kongreß-, um 150 bis 200 Landtagswahlkreise, in denen diesmal mit Aussicht auf Erfolg gekämpft wird. Jeder Staat bezieht von viel mehr, 2 bis 10 Mal so viel Agitationsarbeit, als bei der vorigen Hauptwahl (1908) geleistet wurde. So hat Illinois 12 Organisationsämter im Felde, die bis zur Wahl auf 15 bis 20 vermehrt werden sollen, New York 20, Pennsylvania nahezu 30, Ohio 35, Texas 18 bis 20.

Parteiangelegenheiten.

Und den Organisationen. Der Wahlversammler für Kolliburg-Spremsberg, der in 24 Orten 2464 Mitglieder zählt, beschloß auf seiner Kreisversammlung mit 44 gegen 18 Stimmen einen

Wochenbeitrag von 10 Pf. für Männer und 5 Pf. für Frauen einzuführen. Ueber den Parteitag in Chemnitz referierte der Abgeordnete des Kreises Gen. Hebel. Er behauptete, daß in die Tagesordnung nicht auch der Punkt aufgenommen wurde: „Die Privatangelegenheiten und die Sozialdemokratie“. Mit dem Stichwortabkommen habe der Parteivorstand bei der gegebenen vorklärenden Situation die richtige Taktik eingeschlagen. Zum Parteitage wurde folgende Resolution angenommen:

Zu den Vorschlagsvorstellungen zum Organisationsstatut beschloß die Kreisgeneralversammlung:

1. Sie stimmt der Beitragsveränderung zu mit dem Vorbehalt, daß eine genügend lange Einführungsfrist vorgezogen wird;
2. das bestehende Vertretungsrecht der Gesamtfraktion soll nicht eingezogen werden;
3. eine mitbeschließende Körperschaft soll neben dem Parteivorstande nicht geschaffen werden.

Die Parteigenossen von Halle beschäftigten sich in zwei Mitglieder-Veranstaltungen mit dem Chemnitzer Parteitag. Folgende Resolution zur Reorganisation der Partei wurde einstimmig angenommen:

1. Die Genossen von Halle-Saalkreis beantragen:
 1. einen einheitlichen Beitrag von 10 Pf. für männliche und 5 Pf. für weibliche Mitglieder einzuführen;
 2. an Stelle des vorgelegenen Parteiausschusses einen Beirat von 7-9 Personen zu wählen. Der Beirat wird auf dem Parteitag gewählt.
 3. Die Mitglieder der Reichstagsfraktion sind, wie bisher, befreit, am Parteitage teilzunehmen.
 4. Die Rechte der Kontrollkommission dürfen nicht beschränkt werden.

Außerdem wurde mit knapper Mehrheit eine Resolution angenommen, die eine Veränderung des Punktes 6 unseres Parteiprogramms bezweckt. Es wird verlangt, der Parteitag möge den Wunsch aussprechen, daß die Parteiorganisation auch auf dem Gebiete der Religionsbekämpfung ihre Pflicht erfülle.

Die Arbeiten des italienischen Parteivorstandes.

Dieser Tage ist der neue italienische Parteivorstand zum ersten Mal in Mailand zusammengetreten. Unter den verschiedenen wichtigen Beschlüssen verdient besonders die Aufhebung des Referendums über den Freimaurerorden Erwähnung. Der Vorstand hat beschloßen, allen Parteisektionen die beiden folgenden Fragen zur Abstimmung durch Referendum vorzulegen: 1. Ist die gleichzeitige Mitgliedschaft der sozialistischen Partei und des Freimaurerordens unvereinbar? 2. Im Falle einer bejahenden Antwort sind die Personen aus der Partei auszuscheiden, die gegen den Beschluß der Partei im Freimaurerorden bleiben oder ihn beitreten? Der Parteivorstand wird diesen Fragen eine erläuternde Einführung beifügen und sie im Laufe des August den Sektionen zufenden. Die Antwort soll bis zum 31. Oktober in Händen des Parteivorstandes sein, so daß vor den Parlamentswahlen die Frage abgeklärt sein dürfte, was deshalb von Wichtigkeit ist, weil mehrere unserer Abgeordneten und Parteifunktionäre dem Freimaurerorden angehören. — Der Vorstand beschloß weiter als Vertreter der italienischen Partei im internationalen Bureau von Brüssel die Genossen Anzani und Angelica Valbaroff zu delegieren, an Stelle der aus der Partei ausgeschiedenen Abgeordneten Vissolati und Cabriani. — Ferner brachte der Sekretär zur Kenntnis, daß nach dem Parteitag allen Sektionen, die in Reggio Emilia nicht vertreten waren, die Aufforderung gefandt worden ist, ob sie nach den Beschlüssen des Kongresses weiter der Partei angehören gedenken oder nicht. Von über 1100 Sektionen haben nur 19 eine Austrittserklärung gefandt. Angesichts einer jezeitigen Bewegung, die sich in Sizilien geltend macht, beschloß der Vorstand, ein Schreiben an die dortigen Sektionen zu richten, um sie zu einer Reorganisation der Bewegung aufzufordern. Bei der Neuwahl des Verwaltungsrates der Antivenetianischen Bewegung, die sich in Sizilien geltend macht, beschloß der Vorstand, ein Schreiben an die dortigen Sektionen zu richten, um sie zu einer Reorganisation der Bewegung aufzufordern. Bei der Neuwahl des Verwaltungsrates der Antivenetianischen Bewegung, die sich in Sizilien geltend macht, beschloß der Vorstand, ein Schreiben an die dortigen Sektionen zu richten, um sie zu einer Reorganisation der Bewegung aufzufordern. Bei der Neuwahl des Verwaltungsrates der Antivenetianischen Bewegung, die sich in Sizilien geltend macht, beschloß der Vorstand, ein Schreiben an die dortigen Sektionen zu richten, um sie zu einer Reorganisation der Bewegung aufzufordern.

Arbeiterbewegung.

Der Pfarrer gegen die freie Gewerkschaft. Im vorigen Jahre gelang es dem Brauer- und Mühlenarbeiter-Verband, das Personal der Klosterbrauerei Dalmersleben zu organisieren und darauf einen für das Personal vorteilhaften Tarif mit der Brauerei abzuschließen. Das schien dem katholischen Pfarrer des Ortes nicht zu behagen. Er setzte sich mit den christlichen Gewerkschaftsfunktionären in Verbindung, ließ die Gläubigen, soweit sie in der Brauerei beschäftigt waren, zu sich kommen und in die christliche Gewerkschaft aufnehmen. Mit der Klosterbrauerei hören nun die Differenzen nicht auf: der Tarif wird nicht eingehalten, in der Behandlung der Arbeiter wird ein Unterschied zwischen den Mitgliedern des Brauerarbeiter-Verbandes und anderen gemacht; auch sonst ist über manches zu klagen. In diesem Frühjahr klagten die Frauen und Mädchen, die in der Brauerei beschäftigt sind, über Mißstände im Flaschenkeller. Sie schlossen sich in einer Versammlung dem Verbande an. Das wurde sofort dem Pfarrer gemeldet. Am folgenden Sonntag wurden von der Kanzel herab alle diejenigen zur Bekehrung eingeladen, die an der Versammlung der Brauerarbeiter teilgenommen hätten. In dieser Bekehrung erklärte der Pfarrer, es wäre eine Schande für den ganzen Ort, wenn sie, die Arbeiterinnen, in dem sozialdemokratischen Verbande blieben; sie mußten austreten und der Pfarrer versprach, an die Direktion zu schreiben, damit die Arbeitsverhältnisse besser werden.

Die Direktion hat eine gute Stütze in dem Pfarrer und wird so in ihrem Verhalten gegen die tarifliche Ordnung bestärkt, so daß die Differenzen nicht aufhören. Was aber zum Zweifel hat der katholische Seelsorger sich in diese Angelegenheit zu mischen!

Zuzug fernzuhalten. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Allgäuer Papierfabrik in Kiedersammling, Post Eberstadt bei Darmstadt, stehen seit 29. Juli im Streit. Die Ursache dieses Streiks ist die äußerst mangelhafte Bezahlung. Es erhalten Arbeiter, die schon ihr ganzes Leben in diesem Betrieb der Firma gearbeitet haben, einen Stundenlohn von 29 Pfennig, Arbeiterinnen 15 Pfennig. Die Firma ist nun bestrebt, Papiermaschinenführer und Gehilfen von auswärts anzuwerben. Die Maschinenführer sind verpflichtet, in der Fabrik Wohnung zu nehmen. Es sind dieses Wohnungen, die schon im vorigen Jahre von der Wohnungsinpektion in Darmstadt als ganz unzulässig und gesundheitsschädlich bezeichnet worden sind. Weiter sei hier bemerkt, daß die Kinder von der Fabrikwohnung aus eine halbe Stunde Wegs durch das Feld zur Schule haben. Die Papiermaschinenführer sind deshalb vor diesem Betriebe gewarnt. Fabrikarbeiter-Verband, Zahlstelle Darmstadt.

Bestimmungen der hiesigen Wahl-Kontrollkommission.

Wahlkreis	gute		mittlere		geringe	
	Stimmen	Prozent	Stimmen	Prozent	Stimmen	Prozent
Wahlkreis 1	21 30	20 40	20 50	19 75	19 30	18 80
Wahlkreis 2	21 30	20 40	20 50	19 75	19 30	18 80
Wahlkreis 3	15 60	15 30	15 40	16 60	16 40	16 30
Wahlkreis 4	17 10	16 10	16 60	16 80	16 20	16 30
Wahlkreis 5	19 10	18 30	18 40	18 20	18 10	17 90
Wahlkreis 6	19 10	18 30	18 40	18 20	18 10	17 90
Wahlkreis 7	21 30	20 40	20 50	19 75	19 30	18 80
Wahlkreis 8	21 30	20 40	20 50	19 75	19 30	18 80

Verantwortlicher Redakteur: Franz Höcker. — Redaktion und Expedition: Neue Hauptstraße 7. — Druck der „Wostischen Zeitung“, G. m. b. H. — Druck von W. Schatz, G. m. b. H. — sämtlich in Breslau, Dienstag 2. September.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

Der Zahlabend
Heute Montag, den 12. August, abends 8 Uhr,
in folgenden Lokalen:
Distrikt 1 (Gahib), Friedrichstr. 50 a, Ref. Gen. G. Wolff.

Liebig's Etablissement
Heute und folgende Tage:
„Es tut sich was“
Grosse Ausstattungs-Revue in
3 Akten von Henry Bender.

Zeltgarten
Dir.: L. Romant. - Tel. 2077.
Das Riesen-Programm
12 1881
erstklassige Spezialitäten.

Viktoria-Theater
„Folies Caprice“ 1393
„Feldwebelhügel.“
Die abgetretene Frau
Mandelblüth's Polterabend.

Palmengarten
Täglich: 1375
Freikonzert.

Warnung!
Der Ankauf des Fabrikates Nr. 74628
Marke „Jupiter“ wird hiermit gewarnt.

Zurückgekehrt!
Dr. Mendelsohn.

Pfänder-Auktion
den 12. August 1912
Schwitten, Weidenburgerplatz 7.

Restergeschäft
reich anhängigen Leuten unter günstigen
Bedingungen angekauft.

Pianos auch Teilzahlung.
Velten, Instrumentenbauer,
Neue Laugengasse 55. 1140

Jeden Montag:
Spezialtag
Erste Sorte Knoblauchwurst
a Pfd. 75 Pl.

Es ist die alte Geschichte
dass das wahrhaft Gute stets Nachahmer findet. Auch
dem „Grand“, dem beliebten Kaffee-Zusatz gehe es
nicht anders. Die Tatsache, dass ihm trotzdem kein
anderer Kaffee-Zusatz gleichkomme, beweist wohl am
deutlichsten seine vorzüglichen Eigenschaften.

Sofort
tüchtige Former
ge sucht.
Heinrich Hirzel, G. m. b. H.
Eisen gießerei 1358
Markranstädter bei Leipzig.

Röhminnen
Allein-
Stuben-
Kinder-
sucht 1914/9
Städt. Hausfrauen-Verein
zu Breslau
Stellenvermittlung für Hausangestellte
Altbüsserohle 16/20,
Junkernstr. 41/43 (dicht a. Christophstr.).
Telephon 3492.
Vermittlungs-Gebühr 50 Pfg.

Rad
Seltzig, Breit- u. Grammo-
phon 74 Std. 5. i. neu bill.
H. Kiesel, Döbnerstr. 6, II. 1330

Trauring
Alter
Kupferschmiedestr. 17
Ecke Schmiedebrücke.
Eleg. Kinderwagen, Eleg.
Kindermetallbettstellen, Liefer-
u. Marktswagen vert. spottbill.
A. Nerlich, Katharinenstr. 7, pt. lks.
Ratenzahlung bewilligt.

Naturtheater im Scheitniger
Park.
Heute und folgende Tage:
1869
Ein Sommernachtstraum.
Anfang 8 Uhr. - Alles Nähere durch die Plakate.

Ideale Büste der Welt
halten Damen jeden Alters durch A. Kindlers
Büstenformer.
Bestens bewährter, auf wissenschaftlichen Forschungen beruhender Apparat zur Ent-
wickelung zurückgebliebener oder erschaffener Frauenbrüsten. Bei Nichterfolg zahlen wir
den Betrag zurück.
Interessenten verlangen sofort Prospekt gratis.
Heinrich! A. Kindler's Unruh!
Universal-Douche.

A. Kindler, Breslau I, Geogr. 1870
Verandhandlung hygienischer
Gummiwaren
Irrigatoren, Leibbinden, Fideles, Monatsbinden,
Suspensorien usw.
40jährige Erfahrung dieser Branche. 6651
Kataloge gratis und franco. Kataloge gratis und franco.

Rechte u. Pflichten
des Mieters
nach d. neuen Bürgerl. Gesetzbuch
Kommentar gegen Mietsrecht
von Rich. Lipinski.
Preis pro Exempl. 20 Pfennige.
Die Broschüre ist sachkundig
auf Grund der Motive und der
Deutschfrist zum Bürgerlichen
Gesetzbuch bearbeitet und ist ein
sicherer Führer durch das Miets-
recht.
Buchhandlung Volkswacht.

1. Preussisch-Süddeutsche
(227. Königl. Preuss.) Klassenlotterie
2. Klasse 2. Ziehungstag 10. August 1912 Nachmittags
Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe
Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die erste
gleiche Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.

Am 9. d. Mts. verstarb nach langem Leiden unser werter
Genosse, der Schmied
Ernst Riemer
im Alter von 28 Jahren 10 Monaten.
Sein Andenken werden in Ehren halten 1411
Die Genossinnen und Genossen
des Landdistrikts VII des Sozialdem. Vereins
Breslau-Land-Neumarkt.
Beerdigung: Montag, nachmittags 4 Uhr, in Schmiedefeld. 1412
Genühte Widelmacher und Koller
Ier. Frauen zum Tabakabrippen sucht Bardenwerper & Jilling, Neuborstr.

1. Beilage zu Nr. 187 der „Volkswacht“

Dienstag, den 13. August 1912.

Parteiangelegenheiten.

970 112 organisierte Sozialdemokraten.

Dem Bericht des Sozialdemokratischen Parteivorstandes an den Parteitag in Chemnitz, der dieser Tage zur Ausgabe gelangt, ist zu entnehmen, daß sich die Zahl der organisierten Parteimitglieder seit dem vergangenen Jahre um 133 550, nämlich von 836 562 auf 970 112 vermehrt hat. Unter ihnen befinden sich 180 371 Frauen. Die größten Organisationsstellen sind auf Hamburg III mit 42 532, Teltow-Beskow mit 32 885, Leipzig-Land mit 32 214, Berlin VI mit 31 408, Berlin IV mit 25 267 und Nürnberg mit 20 118 Mitgliedern.

Unsere schlesisch-posenischen Bezirke sind in der Gesamtmitgliederzahl mit folgenden Ziffern vertreten.

	1911	1912
Breslau	17 270	19 610
Langenbielau	11 517	12 625
Görlitz	8 204	7 325
Obereschlesien	1 840	2 064
Posen	1 302	1 235

Die Bezirke Görlitz und Posen haben also zu dem allgemeinen Wachstum nichts beigetragen und gleichmiesig ist auch die Entwicklung der polnisch-schlesischen Partei, die seit Jahren konstant (auch 1912 nur 2067) gegen 2685 Mitglieder im Vorjahr anwuchs.

Die Zahl der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten ist im Laufe des Berichtsjahres um 36 auf 224 gestiegen. Keine Vertreter haben wir außer in den beiden Mecklenburg, wo es sehr gewöhnlich Landtage gibt, in Vorpommern, Schwarzburg-Sondershausen, Waldeck und Meuß & L. Die 224 Abgeordneten verteilen sich auf folgende Landtage:

Banern	30	Sachsen-Meiningen	9
Sachsen	26	Schwarzburg-Rudolstadt	8
Rudern	20	Heßen	9
Hamburg	20	Sachsen-Mainburg	7
Meinen	16	Brandenburg	6
Sachsen	16	Preußen	5
Sachsen	12	Preußen	5
Sachsen	12	Preußen	5
Sachsen	12	Preußen	5
Sachsen	11	Preußen	5
Sachsen	9	Preußen	5

Die Sozialdemokratie besitzt außerdem in 470 Städten 2537 Stadtverordnetenmandate, in 59 Städten 104 Mandatskreise, in 2690 Landgemeinden 7593 Vertreter, in 157 Landgemeinden 204 Mitglieder des Gemeindevorstandes.

Die Zahl der sozialdemokratischen Tageszeitungen hat sich im Berichtsjahre auf 86 vermehrt, aus Schlesien kam dazu die „Verwacht“ und am 1. Oktober wird sich noch die „Liegnitzer Volkszeitung“ dazu gesellen. Die Gesamtzahl der Abonnenten ist um 171 577 auf 1 478 042 Zeitungsteiler gestiegen. Außerdem zählt die Arbeiterjugend 81 000 Leser.

Im Bericht des Bildungsausschusses finden wir wieder die erfreuliche Tatsache, daß von allen wissenschaftlichen Wanderversuchen in Deutschland Breslau den höchsten Besuch aufzuweisen hatte.

Ein überaus erfreuliches Bild weist der Bericht des Kassierers aus. Man mußte annehmen, daß das Wahljahr die Zentralkasse ganz außerordentlich ausplündern und bis zur Neige leeren würde. Das war umso mehr zu erwarten, als die Wahlkosten der Zentralkasse gegen frühere Wahljahre erheblich gestiegen sind. 1903 wurden dafür 282.058,05 Mk. verausgabt, 1907 dagegen 459.501,80 diesmal ab fast das Doppelte, nämlich 910.977,82 Mark. Welche Wirkung hat diese gewaltige Ausgabe nun auf die Parteikasse gehabt? Birkte 850.000 Mark konnten aus den laufenden Einnahmen gedeckt werden und nur 56.025,41 Mark brauchten dem eisernen Bestande der Partei ent-

nommen zu werden. Diese Tatsache kommt damit zum Ausdruck, daß zwar 233.957,45 Mark dem Vermögen entnommen wurden, aber der fixe Kassenbestand des Kassierers am Ende des Jahres von 39.626,72 auf 217.558,24 stieg. Wie stehen also jedem Schlaac in der ungeschwächten Haltung gegenüber.

Zum Stichwahlabkommen weist der Parteivorstand mit Befriedigung darauf hin, daß 46 Stichwahlen, also 37 vom Hundert gewonnen wurden, eine nie dagewesene Zahl. Er drückt dann den Schriftwechsel noch einmal ab, in dem er feinerzellt die Parteipresse von dem Abkommen unterrichtet und fügt hinzu:

Grundsätzliche Bedenken gegen Stichwahlabkommen sind nur ganz vereinzelt erhoben worden, dagegen ist in mehreren Parteiblätern und Versammlungen die Dämpfung des Wahlkampfes in den oben bezeichneten Wahlkreisen bedauert worden. Der Parteivorstand war sich bei dem Abschluß des Abkommens darüber klar, daß nicht alle Einzelheiten in allen Orten und von allen Genossen würden gutgeheißen werden, trotzdem hielt er sich aus allgemeinen politischen Gründen und im Interesse der Partei für verpflichtet, die Vereinbarung mit der Fortschrittlichen Volkspartei zu treffen. Er hätte die Bezirkssekretäre, namentlich der in Betracht kommenden Bezirke vorher über ihre Ansicht gehört, wenn die kurze Frist zwischen der Hauptwahl und dem ersten Stichwahltag einen Aufschub um auch nur einen Tag ermöglicht hätte. Es mußte er rasch seinen Entschluß fassen, wobei er sozialistisch das Gesamtinteresse der Partei und die Einwirkung des Abkommens auf die Verhältnisse der einzelnen Wahlkreise abzuwägen hat. Zum erstenmal hat die Zentralleitung der Fortschrittlichen Volkspartei für das ganze Reich eine Stichwahlparole ausgegeben, die, wenn auch nicht mit ausdrücklichen Worten, doch mit aller Deutlichkeit zur Unterstützung der Sozialdemokratie gegenüber allen anderen Parteien, mit Ausnahme der Nationalliberalen, aufzuforderte. Die Wirkung dieser Parole mußte sein, daß die von ihr bekämpften Parteien wenigstens in mehreren Wahlkreisen, direkt oder indirekt uns gegenüber den Fortschrittlichen unterstützen. Wir konnten uns aber nicht mit Hilfe verärgelter Reaktionen auf Kosten der Fortschrittlichen Mandate verschaffen.

Diese Reaktionen abzufestigen und uns nur auf eigene Kraft zu stellen — war der Sinn der Dämpfung.

Im ganzen kann dem Parteivorstand, der diesen Bericht vorzulegen in der Lage ist — wir werden den Bericht auch der „Volkswacht“ vollinhaltlich begeben — nur Anerkennung gezollt werden. Er ist ein Ruhmesblatt für die Partei und ihre Funktionäre. Man heißt es, die erste Million vollständig gemacht und dann vorwärts gestürzt auf denselben Bahn.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 12. August.

Polizei und Lustbarkeiten.

Vereinslustbarkeiten, überhaupt Lustbarkeiten einer geschlossenen Gesellschaft, brauchen niemals eine polizeiliche Erlaubnis. Auf eine Anfrage hat das Hauptzolamt Viebau nachstehenden wichtigen Bescheid erteilt:

Lustbarkeiten, die von einer geschlossenen Gesellschaft veranstaltet werden, sind nicht als eine öffentliche Lustbarkeit anzusehen. Sie bedürfen mithin nicht der Genehmigung der Ortspolizeibehörde und sind stempelfrei. Erforderlich für den Begriff der Geschlossenheit ist stets aus den Satzungen, den Beschlüssen der Vereinigung oder auf irgend eine andere Weise äußerlich erkennbar gemachte Abschließung der Gesellschaft gegen Nichtmitglieder. Von geschlossenen Gesellschaften veranstaltete Lustbarkeiten werden indessen auch dadurch nicht zu öffentlichen, daß außer den Mitgliedern der Gesellschaft noch Gäste zugelassen werden, die von Mitgliedern des Vereins eingeladen oder eingeführt sind. Lustbarkeiten,

die von geschlossenen Gesellschaften in Gasthäusern oder in Privatkafés veranstaltet werden und zu denen außer den Mitgliedern der Gesellschaft und den Gästen der Mitglieder niemand Zutritt hat, bedürfen der polizeilichen Genehmigung auch dann nicht, und sind auch nicht stempelpflichtig, wenn die Gesellschaften ausschließlich zum Zwecke der Veranstaltung solcher Lustbarkeiten zusammengetreten sind. Ist indessen von einer geschlossenen Gesellschaft die an sich nicht erforderliche polizeiliche Genehmigung beantragt und erteilt, so bleibt sie stempelpflichtig und eine Rückzahlung des Stempels im Wege der Erstattung ist ausgeschlossen.

Draußen auf dem Lande kommt es noch sehr häufig vor, daß die Amtsvorsteher glauben, sie hätten das Recht, Vereinsfeste mit und ohne Tanz zu verbieten. Wie aus dem Bescheide des Hauptzolamts Viebau hervorgeht, ist das ein großer Irrtum. Wir empfehlen den Genossen auf dem Lande, sich diesen Artikel gut aufzubewahren, damit sie ihn jederzeit zur Hand haben.

Was ist eine öffentliche Lustbarkeit?

Am 17. Februar 1912 veranstaltete der Radfahrerverein „Wanderlust 1903“ im hiesigen Lokal auf der Franzfurterstraße ohne Erlaubnis der polizeilichen Erlaubnis einer Lustbarkeiten. Das Fest wurde von 400 bis 500 Personen besucht und dauerte bis in die vierte Morgensunde. Die für das hiesige Lokal bestimmte Polizeibehörde ist auf 1 Uhr nachts festgelegt. Zur Verlobung kam auch ein Vereinstanz und zwar reichlich dies so, daß von den Teilnehmern besondere Teile zum Besuche von je 10 Weinigen gefordert wurden. Der Vorsitzende des Vereins und der Lokalinshaber mußten sich einige Zeit später vor dem Schöffengericht wegen Veranstaltung einer öffentlichen Lustbarkeit ohne die vorgeschriebene vorherige polizeiliche Erlaubnis und die Veranstaltung einer öffentlichen Lustbarkeit ohne behördliche Erlaubnis verantworten. Die bestmögliche Schulung gemacht zu haben. Es habe sich nur um das Fest einer geschlossenen Gesellschaft gehandelt und deshalb könne auch nicht von einer öffentlichen Lustbarkeit die Rede sein. Das Schöffengericht hat aber allein schon in dem Inhalt des Klages, daß der Verein „Wanderlust“ für dieses Fest keine Erlaubnis beantragt habe, daß die Veranstaltung nicht privater Natur gewesen sei. Das Klage sei auch an leicht sichtbaren Stellen, besonders am Kronleuchter des hiesigen Lokals, befestigt gewesen, woraus hervorgehe, daß möglichst viele Fremde das Fest besuchen sollten. Das Schöffengericht kam zu der Auffassung, daß es sich um eine unter dem Deckmantel einer geschlossenen Gesellschaft veranstaltete öffentliche Lustbarkeit gehandelt habe und belegte beide Angeklagte mit je sechs Mark Geldstrafe. Dagegen erlangte das Schöffengericht nicht die Heberzeugung, daß sich der Angeklagte Teil auch des Vergehens gegen § 286 Nr. 6, Str. G. (Unbefugtes Ausstellen) schuldig gemacht habe. Die Unbefugtheit auf das zur Verlobung gelangende Rad und die anderen Gegenstände wurde nicht — wie dies sonst zu geschehen pflegt — durch den Verstoß der Eintrittskarte begründet; im vorliegenden Falle mußten die Gäste das Vorhandensein erwerben und damit war die Verlobung nicht öffentlich. Der Kreis der Teilnehmer an der Lustbarkeit war nicht auf alle an der Veranstaltung teilnehmenden Gäste ausgedehnt. Daß dieser Kreis ein verhältnismäßig großer gewesen ist, war nach der Ansicht des Schöffengerichts ohne rechtliche Bedeutung. Insofern mußte also die Freisprechung der Angeklagten erfolgen. Während der Lokalinshaber auf die Einkauf des Radmittels verzichtete, leute der Vorsitzende Verurteilung ein. Sein Verteidiger beantragte vor der ersten Ferienkammer die Verurteilung der vom Vorbericht festgestellten Geldstrafe. Aber auch die Anklagebehörde hatte Verurteilung angelehnt, weil sie die Ansicht des Schöffengerichts über die Ausdehnung als rechtmäßig erachtete. Die Strafkammer kam zur Verurteilung der vom Angeklagten eingelegten Verurteilung jedoch auf die Verurteilung der Staatsanwaltschaft die bereits erkannte Geldstrafe von 6 auf 12 Mark. Das Verurteilungsgericht meinte, wenn das Vergehen als öffentliche Lustbarkeit angesehen wird, ist auch die Ausdehnung öffentlich gewesen, denn der Personenkreis war unbegrenzt.

Wissenschaft.

Paul Wallot.

Der Erbauer des Reichstagsgebäudes, Paul Wallot, ist am Sonnabend in Bad Langensalbach, wo er zur Kur weilte, im Alter von 72 Jahren gestorben. Geboren am 26. Juni in Oppenheim a. Rh., besuchte er die Real- und Gewerbechule in Darmstadt, dann das Polytechnikum in Hannover und kam 1862 nach Berlin, wo er seine Studien auf der Bauakademie fortsetzte, um dann 1868 Italien zu besuchen. Als er sich noch in demselben Jahre in Frankfurt a. M. als Privatarchitekt niederließ, bevorzugte er in seinen Geschäfts- und Wohnhäuserbauten vorwiegend romanische und Renaissance-Motive. Er hat sich dann mehrfach an öffentlichen Wettbewerben erfolgreich beteiligt. Im Jahre 1883 erhielt er in der Konkurrenz um das deutsche Reichstagsgebäude den ersten Preis, dessen Ausführung im Stile der italienischen Hochrenaissance ihm dann auch übertragen wurde. Er siedelte 1888 nach Berlin über und übernahm die Leitung des Baues. Vielleicht hätten wir, wenn unsere Verfassungsgeschichte nicht so tief traurig wäre, im Reichstagsgebäude ein geniales Baubemerkommen. Doch es sollte anders kommen. Wilhelm II., der auch auf diesem Gebiete es besser zu verstehen glaubte, zwang den erfahrenen Architekten, sich seinen dilettantischen Ansichten zu fügen. Dieser Gegensatz zwischen den beiden Männern wirkte denn auch nicht förderlich auf den Bau. Man geht wohl nicht fehl, den fast theatralischen Pomp des Reichstagsgebäudes auf den Einfluß Wilhelm II. zurückzuführen. Besonders die Kuppel, die der Berliner Volksmund als „Mistbeckenfenster“ bezeichnete, war von Wallot ursprünglich in einer viel schöneren Gestalt geplant gewesen. Lediglich auf den Einspruch des Kaisers, der dann später den Bau als „Mistbeckenfenster“ bezeichnete, baute er sie flacher. Dieser Kampf gegen das persönliche Regiment hat Wallot frühzeitig in seinem Schaffensdrang gelähmt. Verärgert zog er sich zurück.

Im Jahre 1886 wurde Wallot zum Baurat ernannt, nachdem er ein Jahr zuvor Mitglied der Akademie der Künste geworden war. Durch die erwähnten Vorgänge war jedoch die Berliner Stellung dieses hochbegabten Architekten, der die ausgefahrenen Stiele seiner Kunst mit so hohem Können verlassen hatte, leider derartig erschüttert worden, daß er sich entschloß, einem Rufe als Professor an die Akademie der Künste und an die Technische Hochschule in Dresden zu folgen, wo sich ihm ein reiches weiteres Wirkungsfeld eröffnete. Von seinen späteren Bauten sind das Gebäude des Reichstagspräsidentiums in Berlin (1903) und das Ständehaus in Dresden (1907) hervorzuheben. Wallot war korrespondierendes Ehrenmitglied der „Société des Artistes Français“

in Paris, Ehrenmitglied der Akademien von Berlin, St. Petersburg und Rom, Ehrendoktor der Universität Wien und Ehrenbürger von San Francisco und Dopenhagen.

Ein großer Arzt und Hygieniker war Christian Wilhelm Hufeland, der vor 150 Jahren, am 12. August 1762 zu Langensalza in Thüringen geboren wurde. Seine hohe allgemeine Bildung, seine erschöpfende Kenntnis auf allen Gebieten der Medizin, verbunden mit einem scharfen, treffenden Urteilsvermögen bei Behandlung der Kranken und bei Abfassung seiner zahlreichen Schriften, von denen vor allen zu nennen ist: „Die Makrobiotik“ (bei Reclam), die fast in sämtliche Sprachen der Welt überführt ist. Ihm ist die Einführung der Leichenhäuser zu danken, von denen das erste in Weimar errichtet wurde, auch sind seine Bemühungen um die Schutzimpfung hervorzuheben. Alle Verdienste des großen Arztes Hufeland um den Fortschritt der Heilkunde sind seit langem weit überholt. Seine Makrobiotik dagegen, die „Kunst das menschliche Leben zu verlängern“, die es zu seinen Lebzeiten auf fünf Auflagen brachte, ist heute noch als grundlegendes Werk auf diesem Gebiete und ist wohl von Hufelands Lebensarbeit das Werk, das seinem Namen die Unsterblichkeit sichert. Hufeland hat diesem Buche viele Jahre seines Lebens gewidmet.

Aus aller Welt.

Die Erdbeben-Katastrophe am Marmarameer. Immer mehr stellt es sich heraus, daß das Erdbeben, das in Konstantinopel kaum Schaden anrichtete, in seiner Nachbarschaft, sowohl auf asiatischer wie auf europäischer Seite, als Katastrophe schwerster Art auftrat. Kapitane hier eingetroffener Schiffe berichteten, daß man in den Dardanellen an dreißig Erdstöße verspürt habe. Zwischen Ganos und Chora stand auf eine weite Strecke die ganze Küste in Flammen. Die Mannschaften des amerikanischen Dampfers „Virginia“ sahen die Städtchen Chora, Myriophilo, Peraclissa, Milta und Krassia brennen. Der Dampfer konnte sich nicht nähern, da das Wasser nahe der Küste kochte, Gollivoll soll bis auf ein Kaffeehaus vernichtet sein. Immer neue Schiffe mit Verwundeten kommen hier an. Die meisten sind so verüstert, daß sie keinen zusammenhängenden Bericht liefern können. Nachmittags ver-

breitete sich die Nachricht, daß Robosto zur Hälfte zerstört sei. Die Flotte erteilte den Torpedobooten Befehl, sich nach den Unglücksstätten zu begeben. Im Laufe des Vormittags haben sich zwei neue Erdstöße ereignet. Der erste erfolgte um 11,35 Uhr vormittags und verursachte die Verletzung in ensthe Erregung. Mehrere Beschädigungen waren die Folge des Erdstoßes. Gegen 3 Uhr nachmittags wurde eine neue starke Erdbewegung wahrgenommen, die auf der Insel Brinkipo beträchtliche Verheerungen und einen großen Brand anrichtete, der noch wütet. Die Läden in Stambul wurden geschloffen. Einige große Häuser mußten verlassen werden. Nach einem Telegramm des griechischen Konsuls aus Tschanah-Kalefi im Dardanellenbezirk ist das ganze Konsulat zerstört, sieben Dörfer sind zum Teil vernichtet. Im Vilajet sind besonders beträchtliche Menschenverluste und riesiger Sachschaden zu beklagen. Bisher zählte man siebzig bis achtzig Tote.

Infolge des letzten Erdbebens sollen über dreihundert Personen umgekommen sein. Viele Verwundete wurden nach Konstantinopel gebracht. Eine ganze Reihe von Ortschaften sind vollständig oder zu dem größten Teil durch das verheerende Erdbeben vernichtet worden. Aus einzelnen Gegenden kommen entsetzliche Berichte. Auch die Schifffahrt scheint stark gelitten zu haben, eine ganze Anzahl Boote sollen durch das gleichzeitige Seebeben zu Grunde gegangen sein.

Fordauer der Erdbeben. Die Erdstöße dauern ununterbrochen fort. Die einlaufenden Meldungen bezeichnen die Folgen des Erdbebens als geradezu katastrophale.

In die Luft geflogen. Aus bisher noch unaufgeklärter Ursache ist gestern Abend um 10 1/2 Uhr auf dem Gergler- und Flugplatz in Wandsbel ein Schuppen für Luftfahrzeuge in die Luft geflogen. Dabei wurden zwei Kumpfer-Lauben des Referendars Capar und ein Doppeldecker total vernichtet. Ob Fahrlässigkeit oder böswillige Brandstiftung vorliegt, konnte bis jetzt noch nicht festgestellt werden.

Brückeneinsturz. Wie aus Jaroslaw (Rußland) berichtet wird, ist der Bogen einer neuen Brücke eingestürzt. Zwei Personen wurden hierbei getötet, mehrere schwer verletzt.

Stetgender Viehantrieb — steigende Fleischpreise!

Die Arbeitsmarkt-Korrespondenz schreibt:

Zwischen der Bewegung des Angebots am Schlachtviehmarkt und der Preisgestaltung im Kleinhandel mit Fleisch besteht seit einiger Zeit ein ganz auffallender Mißklang. Der Anstieg von Schlachtvieh war fast in allen Monaten des laufenden Jahres bedeutend größer als in den entsprechenden Monaten des Vorjahres. Trotzdem zeigt die Preisbewegung im Kleinhandel mit Fleisch eine starke Steigerung. Nach den Berichten von 40 deutschen Schlachtviehmärkten betrug die Zufuhr von Vieh in den einzelnen Monaten der Jahre 1911 und 1912 in Millionen Kilogramm:

	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli
1911	69,1	64,1	72,4	67,6	75,7	66,4	70,9
1912	81,6	72,4	76,6	75,8	74,8	70,0	73,4

In den ersten sieben Monaten 1912 stellte sich also der Gesamtantrieb auf 526,1 Mill. Kilo gegen 486,25 Mill. Kilo in der vorjährigen Vergleichszeit. Von Januar bis Juli 1912 und aber nach der Statistik in 50 preussischen Städten die Durchschnittspreise für Rindfleisch um 15,1 Pfg., Kalbfleisch um 9,8 Pfg., Hammelfleisch um 19,5 Pfg. und Schweinefleisch um 19 Pfg. pro Kilogramm gestiegen. Ganz besonders auffallend ist die Unstimmigkeit zwischen Preisbewegung und Angebot am Schweinefleischmarkt. Der Anstieg an Schweinefleisch betrug nämlich für die genannten 40 Schlachtviehmärkte in Millionen Kilogramm:

	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli
1911	37,3	39,7	41,8	37,6	42,8	36,1	39,0
1912	48,7	43,6	44,2	42,8	43,8	39,4	40,8

Der Durchschnittspreis für Schweinefleisch stellt sich pro Kilogramm in Pfennigen auf:

	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli
1911	158,5	152,4	148,6	147,2	147,5	144,5	145,8
1912	145,8	145,9	149,0	159,9	159,7	162,8	164,8

Während zu Beginn des Jahres die Preishöhe um 12,7 Pfennige niedriger war als im Vorjahre, zeigt sich im Juli eine Spannung von 19,0 Pfg. zu Ungunsten des laufenden Jahres. Es soll natürlich nicht übersehen werden, daß die Viehhaltung in den Kleinbäuerlichen Wirtschaften infolge der Verteuerung der Futtermittel eine erhebliche Einschränkung erfahren hat, jedoch recht zahlreiche Familien, die ihren Fleischbedarf nicht aus der eigenen Wirtschaft decken können, Fleisch am offenen Markt kaufen müssen. Trotzdem bleibt aber der Preis Widerstand gegen die Viehantrieb und Preisbewegung unerklärlich. Sollte hier nicht das anhaltende Mangel an Futtermitteln, Viehseuchen usw., einer Preissteigerung allzu sehr die Wege geebnet haben? Es wäre an der Zeit, daß der Verteuerungsspostill am Lebensmittelmarkt kräftig entgegengetreten wird. Zu welchen Preisen sollen wir erst kommen, wenn die diesjährige Futterernte gut ausfällt, die die Landwirte zu einer Ergänzung und Vergrößerung der Viehhaltung verleitet? Es ist nicht ausgeschlossen, daß im Herbst der Viehantrieb tatsächlich eine Verminderung erfährt. Bisher ist zweifellos ein erheblicher Teil des Viehs, das in normalen Jahren zur Zucht verwendet wurde, frühzeitig an den Schlachtviehmarkt gebracht worden. Infolgedessen wird sich bald das Vieh zeigen, die existierenden Veden wieder auszulassen. Dann aber dürfen die Preise im Kleinhandel eine solche Höhe erreichen, daß weite Kreise der Bevölkerung auf den Gebrauch von Fleisch beinahe ganz verzichten müssen.

Von der Oberseiffahrt

wird gemeldet: Der Wasserstand der Oder ist im oberen Lauf langsam im Abfall begriffen. Zeigte der Kattbörner Pegel am 3. August noch 2,63 Meter, so weist er jetzt nur noch 1,96 Meter auf. Kurze Gewitterregen verhinderten weiteren Abfall, zumal auch die Glatzer Weisse einigen Zufluss brachte. Der Wasserstand am hiesigen Unterpegel ging von plus 0,48 Ende voriger Woche auf minus 1,02 als heutiger Stand zurück. Die Verhältnisse auf der oberen Oder sind nunmehr, nachdem der Andrang von beiden Seiten nachgelassen hat, wieder normal geworden. Im mittleren und unteren Laufe der Oder und auch im Stettiner Revier brachte erst die zweite nachkommende Welle den Heft beladenen Fahrgeigen die für das Heierschwimmen nötigen Wassermengen. Vor den Fürstenberger Schleusen hat sich infolgedessen naturgemäß wieder ein Schleusenrang von 3-4 Tagen gebildet, der aus dem Fürstenberger See bis weit die Oder hinaus reicht. Die Furcht, daß das wieder abfallende Wasser Verlehrsflodungen im oberen Tale herbeiführen könnte, und die Absicht, das augenblicklich hier noch vollstündige Wasser auszunutzen, läßt eine Menge Schiffe hier in Breslau Ladung suchen, anstatt nach Gosen zu fahren. Durch dieses Mehrangebot von Stauraum gaben die Frachten zu Tal in dieser Woche wiederum nach, wobei die Frachtarbeiter von Gosen auf dem vornehmlichen Stande beharren. Die hiesigen Kohlentippen sind äußerst stark in Anspruch genommen, können aber behauerlicher Weise nicht die sonst gewöhnliche Leistung entwickeln, weil meistens der Gruben die Ladungen nicht geschloffen, sondern zumeist in 3 bis 4 Teufen abgefertigt werden. Der Verein hat sich infolgedessen an die königliche Eisenbahn-Direktion mit der Bitte gewandt, das Nachttippen für die nächste Zeit einzurichten. Das Gütergeschäft zu Tal ist wegen der verspäteten Ernte sehr gering. Der vorhandene Raum wird ja auch fast gänzlich für Kohlen aus dem Markt genommen. — Im Bergeschäft ab Hamburg und Stettin sind wesentliche Veränderungen nicht zu verzeichnen. Das Güterangebot in Hamburg ist nach wie vor schwach, in Stettin dagegen hauptsächlich in Massengütern größer. Die Anleiffrachten (Kahnmieten) bleiben daher ab Stettin sehr fest, wohingegen sie in Hamburg dieswöchentlich mangels Ladungsangebot für Ladung weichen mußten. Die bedauerlichen Verhältnisse auf der unteren Havel haben sich leider immer noch nicht verbessert, es ist immer nur noch eine Lauchtiefe von 1,10 Meter die Fahrt gestattet, zu einer Zeit, wo Elbe und Oder vollschiffig sind.

Zeitungskritik im Breslauer Gefängnis. Die „Breslauer Zeitung“ berichtet: Seit einigen Tagen haben sich die Lese des Gefängnisses an der Kleinschloßstraße hinter zwei Redakteuren der „Breslauer Volkszeitung“, Datz und Dionisi, geschlossen, welche in dieser Illustriation am Großschiffahrtskanal einige Briefe abzugeben haben. Durch eine Verordnung des Ministers des Inneren ist es Befangenen, die sich wegen nicht ehrenrühriger Vergehen in Haft befinden, gestattet, im Gefängnis — natürlich auf einige Kosten — eine Zeitung zu lesen. Einer der beiden Redakteure wandte sich an die Gefängnisverwaltung mit dem Ersuchen, ihm auf Grund dieser Verordnung das Halten der „Breslauer Zeitung“ zu erlauben. Dieser Antrag ist aber ohne Angabe von Gründen abschlägig beschieden worden. Der ablehnende Bescheid ist umso befremdlicher, als vor etwa Jahresfrist einem anderen Befangenen derselben Anstalt, einem

ehemalig reichspräsidentlich Schaffgösch'schen Beamten, auf seinen Wunsch anstandslos die Lektüre der „Schles. Volksztg.“ gestattet worden ist. Selbstverständlich ist auch noch niemals gegen die „Schles. Ra.“ irgend ein Einspruch von Seiten der Gefängnisverwaltung erhoben worden. Warum gerade unser Blatt bei ihr auf Widerstand stößt, ist uns völlig unverständlich. Die Gefängnisverwaltung in Wroslau scheint bezüglich der Lektüre der Gefangenen freieren Grundhaltungen zu hegen. Dort wurde, wie uns von unterrichteter Seite versichert wird, den Befangenen die „Schles. Ra.“, die „Schles. Volksztg.“, der „Generalanzeiger“ und sogar die „Schles. Morgenztg.“ zur Lektüre freigegeben. Auch wurde einem Befangenen anbeigelegt, das „Berliner Tageblatt“ zu halten. — Wir nehmen an, daß die hiesige Gefängnisverwaltung ihren Widerstand, den sie mit dem Boykott der „Breslauer Zeitung“ gegen, einleihen und den Redakteuren größeren Spielraum in der Auswahl ihrer Lektüre zugestehen wird.

Wir können die tatsächlichen Angaben der „Bresl. Zeitung“ nur bestätigen und ihren Wunsch nur unterstützen.

Der Verein der Breslauer Gast- und Schankwirte hielt am Freitag in Woiichowitz im Lokale von Gervold eine Mitgliederversammlung ab. Der Vorsitzende Riedel machte zunächst einige geschäftliche Mitteilungen. Ein Mitglied war wegen vor dem Amtsgericht; als er Zeugengebühren beantragte, wurde er von dem Beamten gefragt, ob er Verzeihung gebittet habe, nur dann könne er Gebühren erhalten. Die Frage wurde ihm ohne Antwort gelassen und der Beamte wandte sich an Gericht mit einer Eingabe, worin dargelegt ist, wenn auch der Schankwirt einen baren Geldverlust durch seine Abwesenheit vom Gericht nicht nachweisen kann, erleide er doch Verluste, denn die Abwesenheit des Wirts bringe ihm ohne Zweifel Nachteile. Der Vorstand hat angefragt, unter welchen Voraussetzungen dem Schankwirt, wenn er als Zeuge auftreten muß, Zeugengebühren zu erstatten seien. Dabei ist bemerkt worden, daß der frühere Landgerichtspräsident den Schankwirten Gebühren zugesprochen habe. Alsdann teilte der Vorsitzende mit, daß die Streitigkeiten zwischen den Zetzerfabriken Speck u. Saring und Thomas und dem Verein friedlich beigelegt worden sind. Die Firmen haben erklärt, das es ihnen ferngelegen habe, die Gastwirte zu beleidigen. Der paritätische Arbeitsnachweis für das Galvanisiergewerbe tritt endgültig mit Oktober in Kraft. In die Mitteilungen knüpfte sich eine Ansprache. Mehrere Redner waren mit der Regelung der Differenzen mit den Zetzerfabrikanten nicht ohne weiteres einverstanden, doch stimmte die Versammlung dem Vorstande zu. Ein wichtiger Punkt, der eine ausgedehnte Debatte hervorrief, war der Antrag des Vorstandes auf Erhöhung der Monatsbeiträge von 75 Pfg. auf 1 Mk. Er wurde schließlich angenommen. Zum Schluss ermahnte eine ziemlich heftige Auseinandersetzung über die Delegationsverfahren. Besonders die Firma Gebr. Wolff wurde aus dem Komitee genommen. Sie mochte den kleinen Schankwirten unangenehme Schwierigkeiten bereiten. In allen Ecken ergiessen sie Missalen, ebaldig die verstorbenen habe, Ausschankstellen nicht mehr zu erteilen. Das Schlimmste dabei sei, daß die Firma für jede Abgabe die zweifelhafte Mittel zur Abwehr zu ergreifen. Der Neuberger brachte die Angelegenheit mit der Zetzer-Gesellschaft zur Sprache. Obwohl der Neuberger zunächst es freigelegt, in welcher Gesellschaft man sich anschließen wolle, erklärte der Vorstand, er könne in der Bundeszeitung, das die Mitglieder an dem Reichlich gebunden sind, mit der deutschen Toniker-Gesellschaft Verträge abzuschließen. Eine solche Vereinbarung sei unzulässig. Er beantragte, dem Bundesvorstande einen Protestentwurf auszuarbeiten, und dann nach Leipzig Mitteilung zu machen. Die Versammlung beschloß demgemäß. Am 2. August hält der Verein in Stöplentor sein Sommerfest ab.

Die Radrennen in Güteneiche hatten am Sonntag eine Zuschauermenge nach dort gelockt, wie sie die Bahn wohl selten gesehen hat. Alle Ferveranstaltungen und die Kasse hatten ausverkauft. Wärendes war ein Mittel mehr anzutreiben. Die Zuschauer kamen aber auch auf ihre Rechnung. Denn es wurde durchgängig gut gefahren. Namentlich im 100 Kilometerfahren um den Goldpokal von Breslau, das von unserem engeren Landsmann Scheuermann, dem Kanonier Guignard, dem Belgier Linart und dem Amerikaner Walhour bestritten wurde. Alle vier Fahrer der sogenannten Extra-Klasse sind in ihren Leistungen sehr ebenbürtig. Wenn es daher Linart-Belgien gelang, dem 1. Preis von 1400 Mk. und den Goldpokal an sich zu reißen, so nur deshalb, weil er mit seinen Zwischenfällen, wie es bei Walhour und Guignard der Fall war, zu rechnen hatte. Weiter wurde Scheuermann-Breslau, der wirklich gut fuhr, aber dem Belgier nicht ganz gewachsen war. Dritter war Walhour, der einmal „ins Schwimmen kam“ und dabei seine Führung als erster unter Verlust von 2 Runden abgeben mußte. Guignard-Franzreich blieb letzter. Für dieses Rennen waren Preise von 1400, 1200, 1100 und 1000 Mark ausgesetzt. Der „Warislawia-Preis“, ebenfalls ein Rennen mit Motorfahrern, aber nur über 30 Kilometer wurde von Hermann Pryzembel-Berlin gewonnen, der die Strecke in 27,33 Min. zurücklegte. Zweiter wurde Bandererungst-Belgien mit 300 Meter und dritter Hall-England mit 1880 Meter zurück. Der Breslauer Fahrer Thomas kam bei dem Rennen infolge Motordefekt überhaupt nicht in Frage. Von den 75 Runden konnte er deshalb nur 45 zurücklegen. Der „Silesia-Preis“, über 50 Kilometer hinter Motoren, sah die oben genannten Fahrer wieder am Start. Hall wurde erster in 46,15 Min. Den zweiten Preis erhielt Pryzembel, den dritten Thomas und den vierten Bandererungst. Dieses Rennen war mit 400, 300, 200 und 100 Mark dotiert, während für den Warislawia-Preis 300, 200, 150 und 100 Mark ausgesetzt waren. Die Rennen verliefen ohne jeden Unfall.

Deutscher Metallarbeiterverband. Die Arbeiter der Firma Reuter und Straube, Fabrik für Eisenkonstruktion in Halle a. d. Saale, stehen seit Mittwoch, den 7. August, wegen einer Lohnforderung im Streit. Die seither gezahlten Löhne standen zwischen 2,70 Mk. und 4 Mk. täglich für volljährige Arbeiter. Die Betriebsleitung hat jede Verhandlung abgelehnt. Seit Freitag vormittag ist die in Görtzig entlassene Kammarellsanne in den bestrittenen Betrieb eingezogen. Außerdem sucht die Firma in allen bürgerlichen Zeitungen Schlosser, Schmiede und Meier; aber auch alle ungelerten Arbeiter, welcher die Firma habhaft werden kann, werden eingestellt, um der Welt zu zeigen, daß sie ihre eingerichteten Leute entbehren kann. Wir eruchen um Fernhalten jedes Zuguges von Arbeitern der Konstruktionsbranche. Die Ortsverwaltung.

Die Stellenvermittlung für Hausangestellte, die durch den städtischen Hausfrauen-Verein eingerichtet ist, hat ihren Sitz aus dem Stadthaus (Topfstr.) in das neue Haus Althausstraße 16/20 (Eingang für das Personal Junfermannstraße 41/43) verlegt. Die etwa 200 Quadratmeter umfassenden Räume zu ebener Erde, die dort der Geschäftsstelle zur Verfügung stehen, genügen jetzt allen Ansprüchen, die sich im letzten Geschäftsjahre allerdings auch sehr gesteigert haben. Während der Verein 1910/11 994 Mitglieder zählte und 504 Stellenvermittlungen bejorgte, sind diese Zahlen 1911/12 auf 3560 und 2885 gewachsen, und im Laufe des letzten Jahres haben auch 2278 Nichtmitglieder die Stellenvermittlung des Vereins benutzt.

Aus der Südborsfelde. Die Entwidlung dieses Stadtteiles schreitet in diesem Jahre durch eine rege Bautätigkeit rüftig fort. Neue Straßen sind entstanden, weitere werden angelegt. So werden die Yorkstraße und die Hedigerstraße von der Herderstraße weiter nach Kleinburg zu ausgebaut. Die Hedigerstraße erhält im neuen Teil vom Hedigerplatz an, Bieranlagen. In der Sprudelstraße wird jetzt ein Schindlplatz angelegt. Die Herderstraße wird nach der Gräblichstraße zu weiter bebaut und neu angelegt. Die Laubstraße, als Verbindung der Hedigerstraße nach der Sauerbrunnstraße, die von der Herderstraße zu

nach der Kurfürsterstraße zu angefangen wird. Die Gabelstraße ist an ihrem Ende von der Dylstraße ab mit drei neuen Häusern bebaut. Die Wenzelstraße weist auf einer Seite von der Kaiser Wilhelmstraße bis zur Gabelstraße eine geschlossene Häuserreihe auf. Am Friedberg stehen um die Villa Kaath neue Straßen. Südlich von Friedberg entwicelt sich die Drantenstraße, Krobensstraße, Schöningstraße, Hebbellstraße und Derflingerstraße. Die Kurfürsterstraße wird auch auf der nördlichen Seite bebaut und erhält einen Promenadenweg. Die Kaiser-Wilhelmstraße ist fast völlig ausgebaut. Kurz vor der Kirchenallee wird jetzt mit dem Neubau der Oberpostdirektion begonnen. Die Poststraße ist bis zur Wenzelstraße vollendet und die Kirchallee ist ausgebaut worden und hat eine schönen Promenadenweg erhalten. Die hinter der Mühlstraße liegende Gärthstraße ist auf der einen Seite fast bis an die Umgehungsbahn bebaut. Hier entwiceln sich die Eichenborfstraße, Lohensteinstraße, Gephyrusstraße und Hlandstraße.

Vorsicht vor Rechtskonsulenten. An den Rechtskonsulenten Max Schirner in Breslau wandte sich im Sommer 1910 ein Eisenbahnfahrer wegen der Einziehung einer Verurteilung von 500 Mark. Im Laufe des Prozesses forderte er, daß Sparfassenbuch von seinem Auftraggeber ein. Angeblich, weil es es dem Gericht als Beweismittel einreichen müsse. Es wurde ihm ohne Bedenken übergeben und dann erklärte der Rechtskonsulent, daß er eine Eingabe an das Gericht machen müsse. Das Schriftstück sollte der Eisenbahner unterzeichnen. Da dieser gerade in seinen Dienst gehen wollte, und keine Zeit hatte, auf die Abfassung der angeblich notwendigen Eingabe zu warten, schrieb er seinen Namen rechts unten auf einen leeren Bogen Papier und überließ es im übrigen dem Rechtskonsulenten, darüber zu schreiben, was er erforderlich war. Er schrieb aber keine Eingabe an das Gericht auf den Bogen, sondern eine Vollmacht die ihm die Berechtigung verlieh, über das Sparfassenbuch seinen Auftraggebers frei zu verfügen. Dann hob er von dem Bogen nach und nach 88 Mark ab und verbrachte das Geld für sich, so daß der Eisenbahner das Nachsehen hatte. Schirner mußte sich am Sonnabend wegen einfacher Mißhandlung und Betruges vor der ersten Ferienkammer verantworten, die ihn wegen des großen Vertrauensbruchs zu vier Monaten Gefängnis verurteilte.

Ein allgemeiner Blumentag in ganz Deutschland soll von der Reichsregierung zugunsten der verarmten deutschen Arbeiter und deren Hinterbliebenen veranstaltet werden. Ein Arbeitsnachweis ist bemüht, überall das nötige vorzubereiten. Für die Städte und die übrigen Teile im Reiche ist der 20. Oktober als Blumentag bestimmt, für Groß-Berlin und Potsdam sind der 1. und 2. September festgelegt.

Achtung, Zimmerer! Dienstag, den 13. August, abends 8 Uhr: Wichtige Mitgliederversammlung im „Dübel“, Mendorfstraße 35. Tagesordnung: 1. Der Umbau in der Wegewart und welche Maßnahmen ergriffen werden, um die die Zimmerer schädigenden Absichten der Betonfirmen zu vereiteln? 2. Kamerad H. Schmidt. 3. Berichterstatter über unsere Ausflüge. Die Lokalisierung.

Aus dem Landkreise. Achtung, Distriktsführer und Landbotenverteiler! Der „Landbote“ ist wieder erschienen und soll zum nächsten Sonntag verteilt werden. Die Genossen werden deshalb ersucht, sich diesen im Sekretariat abzuholen.

Groß-Bresla. Der empfindliche Ortsvorsteher, der Mittelbesitzer von Johnson auf Groß-Bresla hatte vor der Reichstagswahl im Dorfe bekannt gemacht, daß er am Tage der Wahl einen Wagen unentgeltlich stellen werde, um alten gebrechlichen Wählern die Ausübung des Wahlrechts zu erleichtern. Der 78 Jahre alte Auszügler Lempe wollte den Wagen benutzen, doch der Gemeindevorsteher Kienast rief ihm einige Tage vor der Wahl davon ab. Er sagte, er möge nur in seinem Bette bleiben; denn von Johnson sei bereits verständigt, den Wagen nicht zu ihm zu schicken. Darüber war der alte Mann sehr ärgerlich und er gab seiner unangenehm-jährigen Enkeltochter, Agnes Lempe, den Auftrag, den Mittelbesitzer brieflich um den Wagen zu bitten. Das junge Mädchen tat was ihr der Großvater befohl. Sie schrieb aber im Briefe unter anderem: „Der Gemeindevorsteher leistet den Sozialdemokraten Vorschub und deshalb wolle er den löstgütigen Großvater von der Wahl fernhalten. Von diesem Schreiben bekam Kienast Kenntnis. Weil er sich dadurch als Beamter beleidigt fühlte, stellte er gegen die Briefschreiberin Strafantrag. Die Staatsanwaltschaft erhob gegen das Mädchen im öffentlichen Interesse Anklage. Vom Schöffengericht im Kreisamt wurde sie am 23. Mai wegen Beleidigung zu 20 Mark Geldstrafe verurteilt. Auf ihre Berufung hob die Ferienkammer des Breslauer Landgerichts das Urteil auf und erstattete auf Freisprechung. Der Ankläger wurde vom Berufungsgericht der Schutz des § 193 R.-Str.-G. (Wahrung berechtigter Interessen) genehmigt, da aus der Form des Schreibens die Absicht einer Beleidigung nicht zu erkennen war; sie habe zwar nicht eigene Interessen, aber die ihres Großvaters wahren wollen.

In dem Bericht interessiert uns nur die eine Tatsache, wie unsere Gegner auf den Dörfern bei der letzten Wahl alle Mittel anwandten, um dem Grafen Carmer zum Mandat zu verhelfen. War der alte Mann, der einige Tage nach der Wahl gestorben ist, dem streng konservativen Gemeindevorsteher nicht ganz sicher, so daß ihm daher kein Wagen gestellt wurde? Zur nächsten Wahl müssen die Genossen alle Mittel anwenden, um auch von unserer Seite den letzten Wähler an die Urne zu holen, damit über dem Wahlkreis die rote Fahne weht.

Hartlieb. Einen äußerst günstigen Verlauf nahm das Sommerfest, welches vom Land-Distrikt 12 am letzten Sonntag in Hartlieb abgehalten wurde. Wohl war die Witterung etwas kühl, aber trotzdem hatten sich die Genossen mit ihren Angehörigen zahlreich eingefunden. Das Programm des Konzerts, welches vom Zentralverband der Zivilmutter ausgeführt wurde, war ein äußerst reichhaltiges. Der Arbeiter-Gesangverein „Seid Einig!“, unter Leitung seines Dirigenten Vogel, brachte mehrere Liebesstimmungs-voll zu Gehör und Arbeiterturner zeigten am Abend aus Varen ihr Können. Der beliebte Kinderkonzert Buchwald aus Gräblich sorgte in anerkannter Weise für die Unterhaltung der zahlreichen Kinderzehr und hat er seine schwierige Aufgabe zur Zufriedenheit aller erledigt.

Weiter brachte eine Verlesung von zahlreichen Gegenständen aus dem Arbeiter-Konsum-Verein „Vormarsch“ vielen einen schönen Gewinn. Während man sich im Garten am Feuerwerk und Fackelzug erfreute, führten im Saale die Arbeiter-Abfahrer gut gelungene Reigen auf. Das Fest wird bei allen Teilnehmern in guter Erinnerung bleiben.

Neumarkt. Mitgliederversammlung. Die am Sonnabend abgehaltene Mitgliederversammlung war sehr gut besucht. An Stelle des verzogenen Genossen Möbes wurde Genoss Nowroth als Distriktsführer gewählt, als Stellvertreter Genosse Niemes, der auch zugleich als Schriftführer gilt. Als Delegierte zur Generalversammlung wurden die Genossen Schulz und Kleinert gewählt. Mit den Beschlüssen der Generalversammlung erklärte man sich einverstanden und versprachen die Anwesenden mitzuwirken, daß auf in Neumarkt größere Fortschritte gemacht werden. Der Vortrag des Genossen Srowig über die Ziele und das Programm der Sozialdemokratie wurde mit Beifall aufgenommen. Genosse Niemes wies noch auf den Nutzen des Konsumvereins hin. Hoffentlich beherzigen die Frauen in Neumarkt diese Aufforderung. Genosse Pentzsch hat die anwesenden Frauen um Unterstützung, damit auch die in Brauerer beschäftigten Arbeiter dem Verbandsbezug geführt werden könnt

Von Donnerstag an

liegen die Stadtverordneten-Wählerlisten im Feuerwehr-Turnsaal Zwingerstraße 14 aus. Jeder 24 Jahre alte Arbeiter und Angestellte muß selbst dorthin gehen, um die Wählerliste einzusehen. Wer das nicht tut, läuft Gefahr, sein Wahlrecht zu verlieren; denn wer nicht in der Wählerliste steht, darf nicht wählen.

Die Wähler-Drittteilung.

Die Stadtverordneten-Wählerliste für Breslau weist in diesem Jahre 89 875 Wähler nach, mit einer Gesamtsteuer von 19 043 231,74 Mk. Von diesen Wählern sind 83 764 mit Staatseinkommensteuer veranlagt und zahlen 18 972 416,12 Mk. Der Durchschnitt beträgt mithin 226,50 Mk. Da die Steuersumme der überdurchschnittlichen Wähler 15 093,150 Mk. 56 Pf. beträgt, kommen auf die I. und II. Abteilung je 7 546 575 Mk. 28 Pf. Hiernach ergibt sich folgende Gruppierung:

Table with 4 columns: Höchster Steuerfag, Niedrigster Steuerfag, Steuer-summe, Wähler-zahl. Rows I, II, III.

Table with 4 columns: Das Ergebnis des Vorjahres war, Abteil., Mk., Wähler-zahl. Rows I, II, III.

Die Zahl der „erstklassigen“ Wähler hat sich also weiter vermindert, während die gewaltigen Wählermassen der dritten Klasse um fast 2000 gestiegen sind. Es muß dabei zur Kennzeichnung des städtischen Wahlrechts immer wieder betont werden, daß jede der drei Abteilungen 34 Stadtverordnete wählt und die Hälfte der Erwählten aus Hansbesitzern bestehen muß. Das Wahlrecht in der Gemeinde ist also auch elend genug. Das wird unsere Genossen erübrigt ansprechen, alles zu tun, um den Einfluß der arbeitenden Bevölkerung im Stadtverordnetenrat zu stärken.

„Entzweiung der „Schles. Volkszeitung“. Das Breslauer Zentrumsblatt setzt seinen Lesern am Sonntag folgende Notiz vor:

Schürung des Klassenhasses. In einem Klassenhasssprüchenden Gedicht des sozialdemokratischen „Lehrarbeiters“ (Nr. 29, 1912) werden die Arbeitgeber als „Denker“ und „Kannibalen“ tituliert und eine Strophe dieses heblischen poetischen Ergusses geht mit den Arbeitgebern also ins Gericht:

Ihr Schurken all, ihr Satansbrut! Ihr höllischen Eujone, Ihr freßt der Armen Lab' und Gut Und Blut wird euch zum Lohne.“

In dieser noblen Art geht es dann 24 Strophen weiter. Einen anständigen Arbeiter müssen diese Schmierereien anfeuern. Es ist ein gewisser Gerhart Hauptmann, der dieses Gedicht in einem nicht unbekannt Drama „Die Weber“ der Vergessenheit wieder entzogen hat. Es stammt nämlich aus dem Jahre 1844 und wurde von Webern im Gegendirge zur Zeit ihres tiefsten Elends gedichtet und gesungen, ehe der erste Klassenhassende Sozialdemokrat Schlesien bevölkerte.

Wenn auch das Ausschreibebureau, von dem sich die „Volkszeitung“ nährt, davon keine Ahnung hat, einer von den Gelehrten der „Schlesischen Volkszeitung“ hätte schon wissen können.

Wann muß eine Statutenänderung der Polizei annehmen werden? Ueber diese Frage hatte heute das Breslauer Schöffengericht zu entscheiden. Der sozialdemokratische Verein Breslau änderte in seiner Versammlung am 3. Mai 1912 das Statut und beschloß, die neuen Satzungen treten am 1. Juli d. J. in Kraft. Die Polizei war nun der unüberwindlichen Ansicht, die Änderungen müssen 14 Tage nach diesem Beschlusse angezeigt werden und schickte allen sieben Vorstandsmitgliedern je einen Strafbefehl über 9 Mark. Auf die Einsprüche hat jetzt das Schöffengericht die Genossen freigesprochen. In der Literatur sei zwar die Frage über die rechtzeitige Anmeldung von Statuten-Änderungen streitig; aber das Gericht habe sich der Auslegung von Wittenberg angeschlossen, der die 14tägige Anmeldefrist vom Tage des Inkrafttretens der Änderungen rechnet.

Wir meinen, daß dies garnicht zweifelhaft sein kann; der § 3 des Vereinsgesetzes sagt klar und deutlich, daß jede Änderung zwei Wochen nach ihrem Eintritte anzugehen ist.

Vom Gewerbe- und Kaufmannsgericht. Als stellvertretender Vorsitzender des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts ist Magistratsassessor Steinberg auf 3 Jahre wiedergewählt worden.

Entgegengesetzte Gutachten. Wir berichteten kürzlich über eine gewerbliche Streitfrage wegen Abbrucharbeiten. Der Bauarbeiter Böhrer war beim Bauunternehmer Franz beschäftigt. Er bekam für die Stunde 35 Pf., obwohl der ordnungsgemäße Lohn für Bauhilfsarbeiter 45 Pf. beträgt. Er klagte vor dem Gewerbegericht auf Zahlung eines Restlohnes von 5 Mk., indem er behauptete, daß auch für Arbeiter in der tarifliche Lohn gezahlt werden müsse. Der Beklagte bestritt dies; Abbrucharbeiten gehörten nicht in den Tarif für das Baugewerbe, sie bildeten ein besonderes Gewerbe. Uebrigens gehörte er dem Arbeitgeber-Bunde nicht an. Das Gewerbegericht beschloß, Sachverständige zu vernehmen und zwar den Vorsitzenden des Arbeiterbundes, Herrn Regierungsbaumeister Wottram und den Vorsitzenden des Bauarbeiter-Verbandes, Rother. In der Sitzung am 9. August wurde über die Sache entschieden. Von den Sachverständigen lagen schriftliche Gutachten vor. Baumeister Wottram erklärte, daß die Unternehmer für Abbrucharbeiten in den Arbeiterbund nicht aufgenommen sind. Franz habe ein Spezialgeschäft für Abbrucharbeiten; er sei daher an den Tarif für das Baugewerbe nicht gebunden. Rother dagegen meinte, daß die Arbeiter auf Abbrucharbeiten denselben Lohn verdienen müßten wie alle anderen Bauarbeiter; die Arbeit sei sogar schwieriger und gefährlicher. Das Gewerbegericht schloß sich jedoch dem Gutachten des Regierungsbaumeisters an und wies den Kläger mit seinem Anspruch ab. Franz führe zu neuem Behnzel Abbrucharbeiten aus. Es ist bei dieser Sache nur das eine sonderbar, daß die Maurer und Zimmerer tarifmäßig bezahlt werden, die Bauarbeiter aber nicht.

Strafverurteilungen. Wegen Umfassung wird die Matthiasstraße zwischen Herzog- und Elbingstraße vom 12. August bis 4. September gesperrt, die Weidenstraße vom 12. bis 21. August.

Die Generalversammlung

des sozialdemokratischen Vereins Breslau mit den Jahresberichten und Neuwahlen wird Donnerstag abend im „Gedanken-Heim“, Mollerstraße 17, abgehalten. Nur Mitglieder haben Zutritt, Stimmrecht nur die gewählten Vertreter.

Heute Zahlabend

des sozialdemokratischen Vereins Breslau in den Distriktslokalen mit wichtiger Tagesordnung. Es handelt sich um die Vorbereitungen für die Stadtverordnetenwahlen, die Generalversammlung am Donnerstag und die Anträge und die Delegierten zum Parteitag. Die Mitglieder werden noch besonders erucht, pünktlich zu erscheinen.

Die Tabakarbeiterinnen. Vor dem Gewerbegericht spielte sich am Freitag folgender Streitfall ab. Es klagte eine Arbeiterin gegen Herrn S. r. a. n. i. a wegen einer Lohnminderungsung von 20 Mk. Sie ist ohne Grund entlassen worden. Der Beklagte behauptete, triftige Gründe zur Entlassung gehabt zu haben. Die Klägerin habe ebenso wenig gearbeitet, zweitens zu wenig mit dem Tabak gearbeitet und drittens sei sie nicht ehelich gewesen. Er habe 70 Gramm Tabak für 100 Zigaretten gegeben. Davon müsse Abfall kommen; die Klägerin habe aber keinen Abfall abgeliefert, was Betrug sei. Eine andere Arbeiterin dagegen habe nur 65 Gramm für 100 Zigaretten erhalten und trotz dem Abfall zurückgebracht. Die Klägerin, d. h. deren Mutter, die sie vertrat, bemerkte, daß hier von einer Unrechtheit nicht die Rede sein könne. Der Tabak falle verschieden aus; dann frage es sich, ob die Klägerin wirklich 70 Gramm bekommen habe. Auch auf die Form der Zigaretten komme es sehr an. Die Arbeiterin, auf die sich der Beklagte bezieht, sagt aus, sie sei mit 65 Gramm angekommen; sie habe aber „Wachform“ verarbeitet. Der Streit endete mit einem Vergleich.

Mittwoch, den 14. d. Mts., abend 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung im großen Saale der Union-Gesellschaft, Mollerstraße 17. Wichtige Tagesordnung. Das Mitgliedsbuch ist mitzubringen.

Donnerstag, den 15. d. Mts., abend 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung im großen Saale der Union-Gesellschaft, Mollerstraße 17. Wichtige Tagesordnung. Das Mitgliedsbuch ist mitzubringen.

Abbruch von der Leiter. Am Montag vormittag gegen 10 Uhr stürzte ein mit dem Regen erdfeuchtes Lichtleitungsbeschäftigter Monteur in dem Grundstück Schieferbergstraße 41 (Büchshof) von der Leiter, auf der er arbeitete, ab und erlitt aufsteigend außer einer schweren Fußverletzung auch innere Verletzungen; Samariter der Feuerwehr leisteten dem Verunglückten die erste Hilfe und schafften ihn ins Allgemeines-Hospital.

Abbruch von der Treppe. Ein Kutischer, der am Freitag nachmittag landwirtschaftliche Produkte in eine Wohnung auf der Pöbelstraße hinaustrug, trat sehr und stürzte von der Treppe ab. Er zog sich eine Wunde am Kopfe zu und erlitt auch schwere innere Verletzungen; man schaffte ihn ins Krankenhaus Bethesda.

Zum Selbstmord des ehemaligen Buchdruckereibesizers Paul Nowack ist ergänzend zu melden, daß Nowack schon seit Jahren schwer krank war, vor kurzen mehrere Monate in einem hiesigen Krankenhaus zubrachte und in den letzten Tagen vor seinem Tode furchtbare Schmerzen erdulden mußte, die ihn gewiss zu der Verzweiflungstat getrieben haben.

Ein Geisteskranker. Am Samstagvormittag stellte sich auf der Friedrich-Wilhelmstraße ein Schuhmacher zwischen die Bahngleise und versuchte einen Straßenbahnzug mit ausgebreiteten Armen aufzuhalten. Der Motorwagenführer konnte den Mann durch einen Stoß seitwärts schleudern, um ihn nicht zu überfahren. Der Geisteskranke kam zu Fall und erlitt einige Verletzungen. Er wurde auf die Unfallstation geschafft und verbunden, wobei man feststellen konnte, daß man es mit einem Geisteskranken zu tun hatte. Der Mann wurde in die Krankenanstalt auf der Einbaumstraße geschafft.

Das Pferd im Schaufenster. Ein böses Mißgeschick passierte am Sonntag früh einem Milchhändler, der seinen erst seine Stellung angeht. Auf der Schweidnitzerstraße wollte er in die Groshengasse einbiegen, bekam aber das Pferd nicht herum und fuhr in die Schaufenster eines Hutgeschäftes. Zwei der großen Scheiben — die selbstverständlich zertrümmert sind — gingen in Scherben. Das Pferd wurde dabei leicht verletzt.

Die Hilfsbereite Feuerwehr. In der „Bresl. M.-Ztg.“ lesen wir: Im ersten Stockwerk des Hinterhauses Ochauerstraße 50 war Donnerstag abend die 7 Jahre alte Tochter eines Schneidemeisters in der Hobortstraße mit dem rechten Fuße in der Welle der Anlage bis zu dem ädernen Abflußrohr derselben hineingeraten. Fast die ganze Wohnerschaft des Hauses bemühte sich vergeblich, das Kind aus seiner Zwangslage zu befreien. Nachdem diese Bemühungen fast eine Stunde ohne Erfolg geblieben waren, wurde die Feuerwehr herbeigerufen, die auch sofort zur Stelle war. Diese schraubte binnen kurzer Zeit die ganze Anlage los und zerstückelte dann, ohne dem Kinde hierbei irgend welche Schmerzen zuzufügen, auf dem Fuße das enge ädorne Abflußrohr. Nach wenigen Minuten konnte die Wehr wieder abdrücken. Der Vorgang hatte eine große Menschenmenge herbeigelockt.

Eine wilde Schlägerei zwischen Soldaten und Zivilisten spielte sich neulich nachmittags auf dem Ring ab. Es wird uns darüber berichtet: In einem Cafe am Ring entstand aus bisher nicht zweifelhaft selbige Utsache ein Streit, der in Tätlichkeiten ausartete. Deshalb bemühte sich die Geschäftsleitung des Cafes, die Parteien aus dem Geschäftsräumen zu schaffen. Auf der Straße gerieten die Gegner erneut aneinander und es entstand eine wilde Schlägerei, bei der ein Soldat und zwei Zivilisten schwer verletzt wurden. Der große Lärm lockte hunderte von Straßengängern heran, die größtenteils für die Streitenden Partei ergrieffen. Schulleute gingen mit blanker Waffe vor, um endlich Ruhe zu schaffen. Etwa zwanzig Personen, Soldaten und Zivilisten, wurden festgenommen und in die Ringwache geschafft, wo man ihre Namen feststellte. Die beteiligten Soldaten sind der Militärbehörde überwiesen un-

gegen die schuldigen Zivilisten ist ebenfalls das Strafverfahren eingeleitet worden.

Blumendiebstahl. Schon wiederholt waren aus einem Hause auf der Heilstraße Blumenköpfe mit stehenden Blumen gestohlen worden. Am Freitag wurden zwei Schulmädchen im Alter von etwa 10 und 11 Jahren verurteilt, die dort wiederum Blumen stehlen wollten; es gelang leider nicht, sie zu ergreifen.

Verloren wurden eine goldene Uhr, ein Portemonnaie mit Inhalt, eine braune Brieftasche mit 120 Mk., eine silberne Uhr.

Gefunden wurden drei Portemonnaies mit Inhalt, ein Bandmaß, ein Messenarmband, ein Schlüsselbund, eine goldene Wäsche mit Herrenbildnis, ein schwarzer Damenschirm.

Neueste Nachrichten.

Erdbeben.

Konstantinopel, 12. August. Die jüngsten Erdbebenberichte beziffern die Zahl der Opfer des Erdbebens auf insgesamt reichlich 1000 Tote und über 600 Verwundete. Das Erdbeben richtete den schlimmsten Schaden in einem Umkreise an, der von 50.000 Griechen bewohnt wird. Infolge der Massen der Verletzten, die auf Schiffen hierher gebracht worden sind, macht der Galataz zeitweise den Einbruch eines liegenden Lazarettos. In diesen Orten sind die Quellen versielet, sodas die Menschen dort nicht nur ohne Brot, sondern auch ohne Wasser sind. Der Ort Chora ist durch das Beben und durch Feuer vollständig vernichtet worden. 300 überwiegend Schwerverletzte zählt man hier; die Zahl der Todesopfer in Chora ist zurzeit noch vollständig unbekannt. In Mariospolis beträgt die Zahl der durch das Erdbeben mit seinen Begleiterschütterungen getöteten Personen 150 und über 350 wurden Verletzte gezählt. Auch der Ort Charley ist durch das Erdbeben fast vollständig zerstört worden, nur das Türkenviertel steht hier noch. 70 Personen fanden den Tod; über 150 sind verletzt. Verschiedene Augenzeugen berichten, das die Erdstöße immer noch fortdauern. Der Boden zeigt an verschiedenen Orten große Risse, woraus immer noch schädliche Gase und kochendes Wasser strömen. In Philipopol wütete ein großer Brand, der noch nicht gelöscht werden konnte und dem ein ganzes Häuserviertel bereits zum Opfer gefallen ist. Das Todesopfer „Bastor“ in nach den Umständen mit Lebensmitteln und Jeller abgegangen. In Ganos zählt man 150 Tote; 15000 Personen sind obdachlos. In Adrianopel sind 20 Menschen, zahlreiche Säuglinge und Kinder zerstört worden. In Thesalon brauchten 200 Säuglinge und 100 Magazine wieder. Der Schaden wird hier auf fünf Millionen Mark geschätzt.

Konstantinopel, 11. August. Nach neueren Informationen aus privater Quelle beziffern sich die Opfer des Erdbebens auf 1000 Tote und 3000 Verwundete. Etwa 5000 Personen sind ohne Obdach. Auch in Kostas sind einige Häuser und eine Moschee eingestürzt. In dem benachbarten Dorfe Scharion sind 200 Häuser, die Kirche und die Schulen eingestürzt. 100 Menschen sind getötet oder verwundet worden. Es heißt, daß 28 von Griechen bewohnte Städtchen und Dörfer vollkommen zerstört worden sind. Der Konak von Adrianopel wurde fast beschädigt. Das Nebengebäude des Konaks, das Gefängnis, ist eingestürzt. Vier Soldaten wurden unter den Trümmern begraben.

Konstantinopel, 11. August. Der Minister des Innern bestätigt, daß die Stadt Mariospolis und mehrere Ortschaften, darunter Ganos, Chora und Palanos, durch Feuerbrände und Erdbeben vollständig zerstört worden sind. Zahlreiche Verluste an Menschenleben sind zu beklagen. In Adrianopel wurden zwanzig Menschen sowie mehrere Säuglinge und Tiere erschlagen, doch sind keine Menschen ums Leben gekommen. Die Thermalquellen bei Dedagash sind verlegt. Der durch den Brand in Thesalon angerichtete Schaden wird auf eine solche Million Franken geschätzt. In dem am Marmarameer gelegenen Städtchen Periseri wurden 200 Häuser durch Feuer zerstört, wobei 70 Personen getötet und 150 verwundet wurden. Die übrigen Häuser sind eingestürzt. In Galipoli sind die Stämme der Getreidemühlen eingestürzt. Die Erdbebewegung erstreckte sich bis zum Bosphorus in Anatolien. Privatmeldungen beziffern die Zahl der Toten und Verwundeten auf 1000. Bei Bertekli warf das Meer zahlreiche tote Fische ans Land. In Galipoli wurden eine Anzahl Soldaten getötet. Die Insel Marmara hat ebenfalls gelitten. Kirchen, Wohnhäuser und Schulen wurden zerstört. Einige Personen sind ums Leben gekommen. In Arsal sind mehrere Häuser eingestürzt. Die Bevölkerung lagert im Freien. Der Ministerrat hat beschlossen, 3000 türkische Pfund für die Notleidenden zu spenden.

Das erste Peine-Denkmal.

Halle a. S., 12. August. Gestern mittag wurde hier in dem Vergnügungs-Etablissement Trothaer Pflanz das von dem Halle'schen Altbauer Paul Schönmann geschaffene und von dem Halle'schen Peine-Wunde gestiftete erste Heinrich Peine-Denkmal enthüllt.

Ein Freiballon-Wettflug.

Essen, 12. August. Als gestern nachmittag in Gelsenkirchen der 15. und in Essen der 10. Freiballon zum Nationalen Freiballon-Wettflug des Heberheilmittels Luftschiffahrtvereins aufgestiegen war, setzte plötzlich ein heftig starker Westwind, daß der Ballon „Hannover“ den Ballonmännern aus der Hand griffen wurde und mit großer Schnelligkeit in die Höhe stieg. Die Insassen sind nach zwei Stunden alt und ohne Zwischenfälle bei Hannover gelandet. Infolge der Höhe mußten alle übrigen Ballons aufgegeben werden. Von den gestarteten Ballons ist bisher die Landung von 15 gemeldet. Alle hatten unter starken Schneestürmen zu leiden.

Gewaltiger Waldbrand.

Petersburg, 12. August. Ein gewaltiger Waldbrand ist im Gouvernement Nowgorod ausgebrochen. Der Brand hat große Gut des russischen Ministerpräsidenten Sokolow zu, zu dessen Rettung mehrere Kompanien Soldaten abgesandt worden sind, die das Gut durch Wasser von Gräben vor der Vernichtung schützen sollen.

Wetternachrichten der Universitäts-Sternwarte.

Table with 4 columns: Nach Bresl. Zeitg., 10. August, 11. August, 12. August. Rows: Luftwärme (O), Luftdruck (mm), Dunstdruck (mm), Wind (p-12), Wetter.

Die der Niederschläge seit gestern früh 0.10. Gestern nachmittag Regen. Zur Reduktion auf Meeresspiegel sind 10.1 mm hinzuzufügen.

Dienstag, den 13. August 1912.

11. Verbandstag des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Dresden, 10. August.

Sechster Verhandlungstag.

Die Sitzung begann mit der Feststellung des Resultates der Delegiertenwahlen zum internationalen Kongress 1913. Gewählt wurden Brey und Rebauteur Schneider, ferner Wegemann-Hamburg, Richter-Dresden, Waimmer-München, Bruns-Berlin.

Dann wurde nach langer Beratung ein Gehaltsregulativ für die Beamten des Verbandes auf Grund der Vorschläge der Kommission mit folgenden Gehaltsstufen festgestellt:

Das Anfangsgehalt für die Mitglieder des Vorstandes und den Redakteur beträgt 2400 Mark, steigend um jährlich 150 Mark bis zu einem Höchstgehalt von 3300 Mark. Das Anfangsgehalt der Gauleiter und Agitationsleiter beim Hauptvorstand beträgt 2200 Mark, steigend um jährlich 120 Mark bis zum Höchstgehalt von 3000 Mark.

Bureauangestellte beim Hauptvorstand erhalten ein Anfangsgehalt von 2000 Mark, steigend jährlich um 100 Mark bis zum Höchstgehalt von 2700 Mark. Die Steigerungsstufen treten mit 1. Oktober 1911 in Kraft. Der Vorsitzende des Ausschusses über die Wahlverfahren erhält eine Entschädigung von 50 Mark.

Die Wahlstellen sind gehalten, die Gehälter ihrer nach folgenden Grundstufen zu regeln: Agitationsleiter, Geschäftsführer erhalten ein Anfangsgehalt von 2200 Mark, steigend jährlich um 120 Mark bis zum Höchstgehalt von 3000 Mark. Hilfskassierer und Bureauangestellte erhalten ein Anfangsgehalt von 2000 Mark, steigend um jährlich 100 Mark bis zum Höchstgehalt von 2700 Mark.

Für Wahlstellen, die die erforderliche Mitgliederzahl zur Einhaltung der vorliegenden Gehaltsstufe nicht haben, gelten folgende Mindestsätze: Für Agitationsleiter und Geschäftsführer ein Anfangsgehalt 1800 Mark, steigend um jährlich 100 Mark bis zum Höchstgehalt von 2400 Mark. Für Hilfskassierer ein Anfangsgehalt von 1800 Mark, steigend um jährlich 50 Mark bis zum Höchstgehalt von 2200 Mark.

In Streitfällen entscheidet der Vorstand, nach welchen Grundstufen das Gehalt festzusetzen ist. Die Steigerungsstufen treten mit 1. Oktober 1911 in Kraft. Die Angestellten der Wahlstellen und des Hauptvorstandes, Redakteur, Gauleiter und Bureauangestellte erhalten nach einjähriger Dienstzeit zwei Wochen, nach einer Dienstzeit von über fünf Jahren drei Wochen Ferien.

Vorstand und Wahlstellen haben das Recht, falls die Gesundheit eines Angestellten es erfordert, den Erholungsurlaub auf längere Zeit auszuweihen.

Die Beiträge für die Privatbeamtenversicherung werden für die Mitglieder des Vorstandes, Redakteur, Sekretäre, Agitationsleiter, Gauleiter und Bureauangestellte von der Verbandskasse getragen. In Krankheitsfällen wird das Gehalt auf die Dauer von 3 Monaten gezahlt.

Bei Sterbefällen wird der Witwe oder den unterhaltspflichtigen Kindern des Beamten, sofern diese das 18. Jahr noch nicht erreicht haben, das Gehalt noch für 3 Monate ausbezahlt.

Die Anmeldungen für die gesamte soziale Versicherung der Geschäftsführer, Agitationsleiter, Hilfskassierer haben die Zahlstellen-Verwaltungen zu besorgen und sind diesen empfohlen, die Beiträge voll zu leisten und die Verhältnisse ihrer Beamten auch in Krankheits- und Sterbefällen nach den vorstehenden Grundstufen zu regeln. Tagegelder werden für den halben Tag 1 Mark, für einen Tag 6 Mark gewährt, bei Uebernachten 9 Mark.

Die Abstimmung über das Regulativ war eine namentliche und ergab 119 Stimmen ja, 50 Stimmen nein, 16 Stimmenthalten.

Bei der

Vorstandswahl

wurden die alten Mitglieder des Vorstandes sowie der Ausschussvorsitzende Bruns-Wandböl einstimmig wiedergewählt.

Als Ort für den nächsten Verbandstag 1914 wurde Stuttgart gewählt. Damit waren die Arbeiten des Verbandstages erledigt. Sämtliche Neuerungen des Statuts sowie

alle anderen Beschlüsse, abgesehen vom Gehaltsregulativ, treten am 1. Oktober d. J. in Kraft.

Nach Abschiedsworten der ausländischen Gäste und einem begeisterten Schlusswort des Vorsitzenden Brey gingen die Delegierten auseinander.

Schlesien, Bosen und Nachbargebiete.

Konferenz für den Bezirk Ober-Langensielau.

Die zweite Konferenz für den Agitationsbezirk Ober-Langensielau tagte am Sonntag im Lokale von Tils in Ober-Langensielau. Der Bezirk umfasst die Wahlkreise Schweidnitz-Striegan, Waldenburg, Reichenbach-Neurode, Blaschewitz, Landeshut-Jauer, Hirschberg-Schönau und Frankenstein-Münsterberg. Anwesend waren 36 Vertreter.

Die Verhandlungen, die Genosse Kühn eröffnete und leitete, begannen mit dem Bericht des Bezirks-Sekretärs Genossen Schönwälder. Nach seinen Ausführungen ist im Bezirk ein sehr achtbarer Fortschritt erreicht worden. Besonders erfreulich war, daß der Bezirk drei Reichstagsabgeordnete stellen konnte.

In allen Kreisen, mit Ausnahme von Blaschewitz und Frankenstein-Münsterberg, ist die Lokalkasse so gut wie geregelt. Jedoch namentlich während der Wahlbewegung überall Versammlungen tagen konnten. Die Zahl der Mitglieder im Bezirk hat sich in den zwei Berichtsjahren beträchtlich vermehrt, nämlich um 3482. Der ganze Bezirk zählt 12634 Mitglieder, wovon 2536 Frauen und Mädchen sind. Auch die Presse hat immer weiteren Eingang gefunden. Am 30. Juni 1911 wurden 19796 Abonnenten der Parteiblätter gezählt, am 30. Juni d. J. 24290. Dabei muß gesagt werden, daß namentlich von Waldenburg aus eine Umwandlung von guten Kräften nach dem Westen vor sich geht. Manches Mitglied wird auch erhalten bleiben, wenn die Organisation ausgebaut und besonders das Einfassieren der Beiträge gut eingerichtet wird. Um neue Leser und Mitglieder zu gewinnen, müssen von Zeit zu Zeit Hausagitationen veranstaltet werden. Ohne diese wichtige Kleinarbeit kommen wir in Zukunft nicht mehr aus. Es sind 25 Dte neu für die Presse und die Organisation gewonnen worden, aber es bedarf immer ruhender Arbeit, um weitere Fortschritte zu machen.

Vor der Reichstagswahl gingen die Waldenburger Genossen daran, den schon lange gehegten Plan der Schaffung eines eigenen Parteiblattes zu verwirklichen; es wurde die „Verwacht“ gegründet. Das Versammlungsleben frant oft daran, daß namentlich die Mitglieder-Versammlungen nicht so gut besucht sind, wie es nötig ist, wenn die Aufklärung und Durchdringung mit dem Sozialismus immer besser werden soll. Keine Mitglieder-Versammlung ohne belehrenden Vortrag das muß für die Vorstände eine der ersten Aufgaben sein. In der Organisation muß noch viel mehr als bisher geschehen. Neben den Parteizeitungen hat sich der Bezirk den „Kedrus“ in die Landarbeiter geschaffen und der Kalender ist auch zu Tausenden verbreitet worden. Der beste Beweis dafür, daß überall Erfolge zu erreichen sind, beweist die Tatsache, daß im Bezirk in verhältnismäßig kurzer Zeit 250 Landarbeiter der Landarbeiter-Organisation zugeführt werden konnten. Wenn wir die gewaltigen Anstrengungen der Gegner sehen, dann müssen wir noch viel mehr leisten. Die Jugendbewegung und die Bildungsbestrebungen liegen im Bezirk leider noch im argen. Die Gegner sind darin auch sehr rührig, weshalb wir nicht säumen dürfen, das gleiche zu tun. Wir müssen alle Kräfte einlegen, um vorwärts zu kommen. Die Gegner schlafen nicht; unsere Erfolge bei der Reichstagswahl lassen sie im Weantel nicht ruhen. Da gilt es, die äußersten Anstrengungen zu machen, um das zu erhalten, was wir nach langen Jahren erreicht haben.

Genosse Pelz gab den Kassenbericht. Danach betrug die Einnahme in den neuen Betriebs-Vierteljahren 51 946,64 Mark die Ausgaben 51 425,19 Mark, so daß ein Bestand von 521,45 Mark verblieb. Die Einnahmen für den Monat sind sehr gering; der Bestand beträgt zur Zeit 379,89 Mark. Aus den Wahlkreisen Waldenburg und Hirschberg ist bisher nichts eingegangen. An die Zentralkasse in Berlin sind in der Berichtszeit (1. April 1910 bis 30. Juni 1912) 12211 Mark abgeschickt worden; die Zentralkasse dagegen sandte an die Bezirkskassen an Zuschüssen und Beihilfen 30 580,60 Mark. Es soll der Stolz der Organisationen sein, dafür zu sorgen, daß sich die Zuschüsse verringern.

In der lebhaften Aussprache, die dem Berichte folgte, wurde besonders auf die große Bedeutung der Jugendbewegung und der Bildungsbestrebungen hingewiesen. Genosse Osterroth schilderte ausführlich die Zustände und den schweren Kampf im Waldenburger Gebiet, wo der Terrorismus des Grubenkapitals seine Grenzen kennt und die Abwanderung der Vergleute gerade in der gegenwärtigen Zeit besonders stark ist und den Organisationen fühlbar wird. Da darf nichts unversucht bleiben, um

die Massen an uns zu fesseln. Es muß außerordentliches geleistet werden, wenn wir dort der Lage bleiben wollen. Von dem Vertreter Hirschbergs wurde gewünscht, öfter Konferenzen der Gemeindevertreter abzuhalten, die sehr nötig seien. Die beiden Schmerzenskinder des Bezirks sind, wie Genosse Kühn ausführte, die Wahlkreise Blaschewitz und Frankenstein-Münsterberg. Hier müssen alle Kräfte einsetzen, um die arbeitende Bevölkerung mit sozialistischem Geiste zu erfüllen. Es besteht die Hoffnung, daß uns die nächste Zeit Erfolge bringen wird. Genosse Yanusich vom Partei-Vorstand äußerte sich dann eingehend über einige Fragen der Agitation und Organisation und gab verschiedene beachtenswerte Ratschläge. Der Partei-Vorstand habe es nie an Unterstützung des Bezirks fehlen lassen. Mit Zähigkeit und Ausdauer haben wir bisher alle Schwierigkeiten überwunden, und das gilt auch für die Zukunft.

Nach einer Mittagspause sprach Gen. Kühn kurz über die preussischen Landtagswahlen im Jahre 1913. Ueber die Frage, ob wir uns beteiligen oder nicht, kann nach den Beschlüssen der Parteitage nicht mehr geredet werden. Es handelt sich um die Beteiligung in unserem Bezirk. Es dürfte wohl kaum ein Bezirk zustande kommen, ob wir schon im ersten Wahlgange mit den Liberalen zusammen gehen. Wir werden also eigene Wahlmänner aufstellen haben. Es muß versucht werden, so viel Stimmen auf uns zu vereinigen, wie nur immer möglich ist. In der Aussprache wurde vom Reichstagsabg. Gen. Feldmann betont, daß es kaum möglich sein wird, im einzigen Kreise des Bezirks einen Abgeordneten zu wählen; wohl aber können wir mit anderen Wahlmännern hier und da das Jünglein an der Wage bilden und damit von Bedeutung sein. Wir müssen alles aufbieten, um das Besitzt des preussischen Landtages zu verändern, indem wir möglichst viel konservative und Zentrumskräfte umarmen. Es wäre eine selbstmörderische Taktik, wollten wir im zweiten Wahlgange die Freikämpfer durchfallen lassen. Vom Vertreter des Parteivorstandes wurde erklärt, daß der preussische Parteitag im Januar 1913 das nötige über unsere Taktik beschließen wird. Damit war die Besprechung über die Landtagswahlen erledigt.

Ein Antrag von Hirschberg-Schönau verlangte, den Sitz des Parteisekretärs nach Waldenburg zu verlegen und diese Stadt auch als Bezirk zu bestimmen. Man ger aus Hirschberg bezog diese diesen Antrag, so daß er nicht angenommen wurde. Nach längerem Gerede und Wider, wobei der Bezirkssekretär um die Verlegung nach Waldenburg ersuchte, wurde diese mit 18 gegen 11 Stimmen abgelehnt; der zweite Teil, der davon sprach, auch den Bezirk nach Waldenburg zu verlegen, war zurückgezogen worden. Die Konferenz beschloß dann mit 17 gegen 9 Stimmen, daß der Parteisekretär dort seinen Sitz haben muß, wo der Bezirksvorstand gewählt ist, also in Langensielau.

Gen. Brasse in Ober-Langensielau beantragte die deutlichen Parteitage vorzuschlagen, den National-Beschluß aufzuheben. Der Antrag wurde angenommen. Dem Antrag der Kreis-General-Versammlung von Reichenbach, beim Parteitage die Ablehnung des Parteiaususses abzulehnen aber den Parteivorstand zu verstärken, wurde ebenfalls angenommen; ferner soll der Parteitag erachtet werden, den Beitrag vorläufig nicht zu erhöhen, weil dadurch unsere Werbekraft namentlich in den ländlichen Bezirken nicht gesteigert würde. Dieser Beschluß wurde mit großer Mehrheit gefaßt. Den Vorschlag des Organisations-Ausschusses, der Reichstagsfraktion auf dem Parteitage nur eine Vertretung zu gewähren, lehnte die Konferenz ab. Alle Reichstagsabgeordneten sollen mit beratender Stimme zugelassen werden.

Die nächste Bezirkskonferenz wird laut Beschluß in Freiberg abgehalten.

Zum Schluß ersuchte Genosse Bröchner vom Landarbeiterverbande, die Organisation der Landarbeiter nach Kräften zu unterstützen.

Die Verhandlungen dauerten, unterbrochen von der einständigen Mittagspause, von 10 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags.

Striegau, 12. August. Er wollte mehr haben. Ein recht komischer Kauz ist zweifellos der Arbeiter Heinrich Döbber von hier. Döbber, der schon oft vorbestraft ist, hatte sich wegen Verleumdung eines Nachbarn zu verantworten. Der Amtsanwalt wollte die Tat mit fünf Tagen Gefängnis geahndet wissen. Dagegen protestierte jedoch der Angeklagte ganz energig und verlangte mündlichen vierzehn Tage dafür. Das Gericht tat ihm denn auch diesen Gefallen und verurteilte ihn zu vierzehn Tagen Gefängnis.

Nieder-Krannerdorf, 12. August. „Duldsame“ Pfaffen. In Nieder-Krannerdorf haben arge Vorgänge bei einer Bestattung großes Aufsehen erregt. Der Pfarrmann

Zum Grubenunglück auf der Zeche „Lothringen“ bei Bochum.

Die armen Vergleute! Ueberall sieht man im Ruhrgebiet auf diesen Wunsch, sei es in der Bahn, auf der Straße, in der Wirtschaft oder in der Zeitung. Die Zeiten ändern sich. Nach vor wenigen Monaten verlangte man gegen dieselben armen Vergleute noch Polizei und Militär, Machtmittel wurden gegen die für mehr Luft, für mehr Licht, für mehr Lebensschutz kämpfenden Vergleute aufgeföhrt. Nicht schnell genug konnte der Kampf niedergebriekt, erdroffelt werden. Und jetzt dieses Bedauern! Der Ruhrbergmann kennt dieses Bedauern schon und nennt es Heuchelei.

In wenigen Tagen sind die Klagen verstummt. Das Ruhrgebiet ist nun ein Massengrab reicher und — alles ist in Ordnung!

Die Zeche „Lothringen“ und ihre Verwaltung war schon oft der Gegenstand heftiger Kritik und zwar mit vollem Recht. Nirgend ist die Bebrückung, die Gefährdung, die Denunziantenlucherei größer wie auf Zeche „Lothringen“. Die Zeche liegt in der Gemeinde Gerthe. Diese Gemeinde hat ungefähr 10.000 Einwohner. Das ganze Gemeinwesen wird aber von der Zecheverwaltung beherrscht. Bei Gemeindevahlen müssen sich die Beamten unter Anführung des Betriebsführers Hims mit Wucht in den Wahlkampf stürzen. Unter Androhung der Entlassung wurden bei der letzten Wahl die Bergarbeiter aufgefordert, den Kandidaten der Zeche zu wählen. Der Kaplan der katholischen Gemeinde wagte es, gegen den Stachel zu lösen. Er wählte einen polnischen Kaufmann, der katholischer Religion war. Das sollte für den Herrn Kaplan zum Verhängnis werden; der katholische sowohl wie der evangelische Geistliche der Gemeinde Gerthe hatten es bis dahin nicht verschmäht, von der Zeche „Lothringen“ ein jährliches Geschenk von 600 Mark anzunehmen. Mit dem Tage, wo der Herr Kaplan nicht den Kandidaten der Zeche gewählt hätte, wurde ihm das jährliche Geschenk entzogen.

Wenn die Zecheverwaltung gegen einen Kaplan so vorgeht, kann man sich denken, wie man die Arbeiter behandelt. Am besten gefaßt sind die Vertrauensleute der Organisation, die Knappschaftsleiter und Sicherheitsmänner. Ein seit neun Jahren auf der Zeche beschäftigter Bergmann wurde gekündigt, als er zum Sicherheitsmann gewählt worden war, die treibende Kraft war auch hier wieder der Betriebsleiter Hims. Als der Sicherheitsmann gleich nach seiner Wahl zum Zwecke der Kontrolle einfahren wollte, wurde ihm dies ver-

weigert. Er erstattete gegen den Betriebsführer Anzeige, und das Gericht erkannte, wegen Behinderung eines Sicherheitsmannes in Ausübung seines Amtes auf eine Geldstrafe von 15 Mark. Bei der Nachwahl für einen Sicherheitsmann, am 13. Dezember 1910, wurde ein junger Bergarbeiter sofort entlassen, weil er sich weigerte, eine Stimmzettel mit dem Namen des Zeche Kandidaten anzunehmen. Das Gesetz bestimmt, daß die Zecheverwaltung weiche, unbeschränkte Stimmzettel zu liefern hat. Die Wahl wurde damals für ungültig erklärt, und Bergarbeiter führte das Oberbergamt aus: „daß durch das Verhalten einiger mit der Ausgabe der Wahlzettel an die wahlberechtigten Arbeiter betrauten Beamten der Zeche „Lothringen“ die vom Gesetz verlangte geheime Wahl und das Recht der wahlberechtigten auf unabhängige und unbeeinträchtigte Bestätigung ihres Wahlrechts in einzelnen Fällen in Frage gestellt worden ist.“ Das ist sehr gelinde ausgesprochen. — Die Beschwerte an das Oberbergamt in obiger Wahl war von Mitgliedern des Arbeiterausschusses eingelegt. Diese beiden Leute und noch ein Knappschaftsleiter wurden dann im Mai 1911 entlassen. Mehr als einmal sind von den Sicherheitsmännern bei den Revisionen Wetter festgestellt und auch in das Jahrbuch eingetragen worden.

Als die Explosion am 8. August sich ereignet hatte, konnte man überall von den Bergarbeitern hören: „Es ist ein Wunder, daß es hier solange gut gegangen ist.“

Will man denn nun endlich bald auf die Klagen der Bergarbeiter hören. Werden nun wirklich bald Arbeiterkontrollen kommen, welche frei und unabhängig ihres Amtes walten können, so wie es die gefährliche Berufsarbeit der Bergarbeiter erfordert? Der Reim zur Massenatmosphäre ist täglich im Ruhrbergbau vorhanden. Wenn nicht bald Aenderung erfolgt, wird diesem „Lothringen“ trotz Sicherheitsmännern vielleicht sehr bald noch ein Haddos folgen.

Ueber die Zeche Lothringen

wird uns noch geschrieben: Nichts kann und darf darüber hinwegtäuschen, daß das heutige Sicherheitsmännerystem, dessen Einführung erst durch die 350 Toten von Haddos erlaubt werden mußte, verfaßt hat, daß es verfaßt wurde aus Gründen, die von den Vertretern des Bergarbeiter-Verbandes und der sozialdemokratischen Partei in den Parlamenten seinerzeit auf das eingehendste dargelegt wurden. Man erinnere sich auch, daß dem Sicherheitsmännerystem die Berliner Geheimkonferenz der bergbaulichen Schatzmacher, unter Führung des bekannten Oberbergamtschefes Hilger, keine Bedeutung beimag,

sondern das Gesetz nur als Beweismittel für die Arbeiter betrachtete. Nichts darf darüber hinwegtäuschen, daß zu den Gruben, auf denen die Organisation der Bergarbeiter, soweit es sich um den „alten Verband“ handelt, auf das unerhörteste verfaßt wurde, die Zeche „Lothringen“ mit in erster Linie zu zählen ist. Es ist daran erinnert, daß nicht nur der Druck, der auf „Lothringen“ bei den Knappschafts-, Gewerbesteuers- und Sicherheitsmänner-Wahlen auf die Arbeiter ausgeübt wurde, von keiner Zeche im ganzen Revier überboten worden ist, sondern daß speziell auf dieser Zeche die Sicherheitsmänner einen außerordentlich schweren Stand hatten, wenigstens diejenigen, die es mit ihrem Amt ernst nahmen. Es war die Zeche „Lothringen“, die gleich bei den ersten, im August 1910 stattgefundenen Sicherheitsmännerwahlen einem Manne durch den Steiger Jagen ließ, er solle kündigen, sonst werde er gekündigt.

Warum? Weil er als Kandidat aufgestellt war. Neun Jahre hatte er der Zeche gedient, ohne eine einzige Strafe zu erleiden, und das will bei der Arbeitsordnung und der Behandlung, die auf den Ruhrzechen üblich ist, schon etwas heißen. Der Mann lehnte es ab, zu kündigen; da wurde er von dem Betriebsführer gekündigt. Ungeachtet dessen wurde er noch vor Ablauf der Kündigungsfrist von seinem Kameraden als Sicherheitsmann gewählt. Die Zeche ließ ihn aber nicht zur Arbeit zu, weil er gekündigt sei.

Wie man den Kaiser informierte!

Erstaunlich ist die Bestimmtheit, mit der der Herrar Döbberstein in der Lage war, dem Kaiser bei seinem halbständigen Besuch auf der Unglückszeche zu sagen, welches die Ursache des Unglücks sei: Einzig das Abtun eines Sprengschusses, bevor der Ort ganz frei von Wetzern war. Zwar lebt keiner von der Steigeranteilung Paffmann mehr, die die fragliche Gefährliche Arbeit im Duerschlag verrichtete. Auch ist die Angabe, daß der Schuß abgetan worden, obwohl ein Beamter zugegen gewesen — womit nur der Steiger Paffmann gemeint sein kann — ganz und garnicht dazu angetan, die geäußerte Ansicht über die Ursache des Unglücks glaubhaft erscheinen zu lassen.

Wie nun, wenn die Sache sich dennoch anders erklären ließe? Wie, wenn die Frage aufgeworfen wird, wie es möglich war, daß die Folgen so außerordentlich große sein konnten? Wie, wenn die Frage nach der Mitwirkung von Paffmann auch aufgeworfen wird?

Was lag näher, als den zuständigen Sicherheitsmännern zu hören, der ein sehr erfahrener Bergmann ist und der die fraglichen Reviere und ihre Verhältnisse genau kennt? Der

